SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Rumänien: Teil 1, 1989-1995/96

Oschlies, Wolf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Oschlies, W. (1998). *Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Rumänien: Teil 1, 1989-1995/96.* (Berichte / BIOst, 3-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43332

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: http://www.uni-koeln.de/extern/biost

ISSN 0435-7183

Inhalt

		Seite
Kurzfassung		3
1.	Einführung	5
2.	Die Revolution 1989 und die Jahre danach	9
3.	Details der antikommunistischen Aufarbeitung	14
3.1	Juristische Bewältigung kommunistischen Unrechts	14
3.2	Die AFDPR und der "Prozeß gegen den Kommunismus"	16
3.3	Das "National-Institut zum Studium des Totalitarismus"	19
3.4	Lager, Opfer, Entschädigungen	20
3.5	Zugang zu Archiven und Geheimdossiers	25
3.6	Neokommunistische Parteien	30
4.	Nachdenken über den mentalen Zustand der rumänischen Nation	32
5.	Zusammenfassung	37
6.	Anhang	39
Summary		41

21. November 1997

Wolf Oschlies

Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Rumänien

Teil I: 1989-1995/96

Bericht des BIOst Nr. 3/1998

Kurzfassung

Vorbemerkung

Die vorliegende Studie ist Teil I einer zweiteiligen Darstellung der rumänischen Bemühungen, die eigene kommunistische Vergangenheit aufzuarbeiten. Diese Bemühungen gestalteten sich außerordentlich schwierig: Zwar erlebte Rumänien am Jahresende 1989 die aufwühlendste Revolution, die nichts vom "samtenen" Charakter vergleichbarer Umstürze im übrigen Osteuropa aufwies, doch wurden danach binnen sieben postkommunistischer Jahre alle hoffnungsvollen Anfänge vertan, verwässert, behindert, verfälscht.

Seit November 1996 hat Rumänien eine neue politische Führung, der eine wirkliche Aufarbeitung zuzutrauen ist. Auf diese neuen Ansätze wird im zweiten Teil der Darstellung detailliert eingegangen, während der erste Teil die Jahre unter Ion Iliescus Führung schildert, in denen eine halbherzige "Aufarbeitung" des Ceauşescu-Erbes im Grunde nur verdeckte, daß man zu einer wirklichen Auseinandersetzung mit Geist und Form des Kommunismus in Rumänien weder fähig noch willens war.

Beide Teile basieren auf allgemein zugänglichen Quellen vorwiegend rumänischer Provenienz.

Ergebnisse

1. Rumäniens "Kinderrevolution" vom späten Dezember 1989 stürzte und exekutierte den schlimmsten Diktator Osteuropas und brachte eine neue Führung an die Macht, die sich durch die nahezu uneingeschränkte Tilgung von Ceauşescus Terrorgesetzen gut einführte. Schon bald war aber unübersehbar, daß die neuen Herren unter Präsident Iliescu nicht weitergehen wollten und zu Demagogie und auch zu Gewalt griffen, wenn einzelne Gruppen oder Medien sie zu mehr Anstrengungen und zu radikaleren Maßnahmen drängten.
2. Rumänien geriet mehr und mehr in den Zustand einer "simulierten Demokratie", die zwar Presse- und Organisationsfreiheit erlaubte, ihrem Wesen nach aber von der nahezu ungebrochenen personellen und institutionellen Kontinuität mit den vorrevolutionären Verhältnissen lebte. Natürlich gab es Prozesse gegen Repräsentanten der alten Macht, aber das waren keine politischen Klarstellungen, sondern Strafaktionen von Siegern mit

zweifelhafter Legitimität, deren einziges Ziel es war, sich einen Großteil der nun "herrenlosen" Pfründe und Kompetenzen zu sichern.

3. Ihnen gegenüber standen neue Organisationen, vorwiegend von Opfern des früheren Terrors gebildet, denen es sehr ernsthaft um einen "Prozeß gegen den Kommunismus" als Auftakt einer politischen Aufarbeitung und Startsignal für Demokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft zu tun war. Politische Unreife, organisatorische Uneinigkeit und konzeptionelle Unentschlossenheit ließen dieses Projekt indessen nie über proklamatorische Anfänge hinauskommen.

4. Immerhin resultierten aus diesen unfertigen Anfängen einige publizistische und/oder institutionelle Neugründungen, die die Aufgabe der Aufarbeitung vor allem als aufklärerischen Auftrag verstanden und in diesem Sinne tätig wurden: Wer eine kommunistische Vergangenheit aufarbeiten will, muß diese zunächst in ihren dunkelsten Bereichen dokumentarisch ausleuchten, um dadurch die mentalen Hindernisse in vielen Köpfen zu beseitigen, die nach vierzig und mehr Jahren kommunistischer Demagogie diese beabsichtigte Aufarbeitung erschwerten. Diese Bemühungen haben viel dokumentarisches Material erbracht, das der aufkommenden Ceauşescu-"Nostalgie" die erschütternde Realität von dessen Herrschaft gegenüberstellte. In der vorliegenden Darstellung werden sie in gebührender Weise gewürdigt.

5. Diese Dokumentationen sind um so höher einzuschätzen, als sie unter den Auspizien einer allseitigen Behinderung zustandekamen: Regierungsämter waren wenig kooperativ, Dossiers und Akten wurden vernichtet, manipuliert, gefälscht, eine reaktivierte Geheimpolizei schaltete wie in alten Zeiten, ehedem treue Diener Ceauşescus starteten als Führer extrem nationalistischer Parteien neue Karrieren, die sie speziell der Reinwaschung ihres alten Idols widmeten.

6. Unter diesen Umständen schien die rumänische Gesellschaft nahezu geschlossen in alte Denk- und Verhaltensweisen zurückzufallen – Apathie, Opportunismus, Xenophobie, soziale Ängste und die Relikte alter Propaganda schufen offenkundig ein politisches Klima, das den einst intendierten Zielen von "Freiheit, Demokratie und Würde" diametral entgegengesetz anmutete.

7. Aber die Rumänen haben im Spätherbst 1996 gezeigt, daß mit ihnen zu rechnen ist: Sie wählten mit Emil Constantinescu einen neuen Präsidenten, dessen ganze Politik darauf angelegt ist, die von seinem Vorgänger vertane Zeit aufzuholen und dabei mit einer wirklichen Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit zu starten.

1. Einführung

Der 22. Dezember 1989 ist sogar schon auf rumänischen Münzen verewigt. An jenem Tag wurde Rumänien von einem Umsturz erschüttert, der wegen der Masse seiner Akteure später vielfach *revoluţia tinerilor* (Jugend-Revolution) oder sogar *revoluţia copiilor* (Kinder-Revolution) genannt wurde. Andererseits ist mit jedem verflossenen Jahr der Zweifel lauter (und berechtigter) geworden, ob es am Jahresende 1989 in Rumänien überhaupt eine "Revolution" gegeben habe.

Gewiß: Die damaligen Ereignisse waren geradezu überladen mit den klassischen Ingredienzien jeder Revolution. Mit elementarer Wucht und Wut erhob sich ein ganzes Volk, mit Toten und Verwundeten wurde die neue Freiheit verteidigt, über alle Medien verdammte man das alte Regime und versicherte, daß sich seine Willkürherrschaft nie wiederholen würde, in dramatischen Abläufen wurde, von aller Welt am Bildschirm verfolgt,[1] das Diktatoren-Ehepaar Nicolae und Elena Ceauşescu gejagt, gestellt, verurteilt und hingerichtet. Über Nacht formierte sich mit der "Front zur nationalen Rettung" (Frontul Salvarii Naţionale, FSN) eine neue oberste Machtinstanz, die mit "revolutionärem" Pathos einen Neubeginn verhieß und diesen Weg auch mit "revolutionären" Maßnahmen zu beschreiten schien.

Rumänien mutete lange Jahre an, als habe es ein rein kommunistisches Regime behalten – minus "führende Rolle der Partei". Das bedeutete einerseits, daß Besitz und Gebrauch der politischen Macht von einer nahezu ungebrochenen personellen Kontinuität, strukturellen Identität und mentalen Gleichheit mit früheren Verhältnissen charakterisiert waren. Das bedeutete aber auch, daß es – in mehr oder minder großen Ansätzen – demokratische Parteien, oppositionelle Medien, Kritik an Machtmißbräuchen gab. Das postkommunistische Rumänien war sozusagen ein soziopolitisches Moratorium – nicht mehr orthodox kommunistisch, noch nicht pluralistisch-demokratisch.

Diese Situation bestand in Rumänien seit Ende 1989. Und es war schon kurios, daß das Land eben durch seine Wende-Resistenz zeitweilig eine Art systemaren "Vorsprung" bekam – vor all den ostmitteleuropäischen Ländern, die nach "Umwegen" über konservative Parteien und Regierungen die Macht wieder den (gewendeten) Kommunisten zurückgaben. Rumänien schien in seiner postkommunistischen systemaren Kontinuität "berechenbarer" als seine Nachbarn, was besonders im Negativen galt: Wer notwendige Reformen so verwässerte und verzögerte, wie Bukarest es jahrelang getan hat, der bekam am Ende die Bürden *zweier* Gesellschaftssysteme auf die Schultern gelegt, also "realsozialistischen" Mangel und "kapitalistische" Arbeitslosigkeit. Um dieses selbstverschuldete Desaster zu vertuschen, mußte das Regime immer häufiger zu Demagogie, Repression und populistischen Tricks

---

[1] Die damaligen Ereignisse, soweit sie über Funkmedien nachvollziehbar waren, wurden von der Rundfunkstation RIAS (Berlin West) mitgeschnitten und später dokumentiert (W.O.). Zu detaillierten Schilderungen vgl. Anneli Ute Gabanyi: Die unvollendete Revolution – Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie, München 1990; Daniel N. Nelson (Hrsg.): Romania After Tyranny, San Francisco/Oxford 1992.

greifen – was wiederum innere Spannungen verschärfte, da die regimekritische Opposition immer massiver, aber letztlich doch machtlos dagegen auftrat.[2]

Seit November 1996 hat Rumänien mit Emil Constantinescu einen neuen Präsidenten und unter Victor Ciorbea, vormals Bürgermeister von Bukarest, eine neue Regierung.[3] Der amtierende Präsident Iliescu hatte sich erfolglos bemüht, unter Mißachtung geltender Gesetze und der Verfassung zum *dritten* Mal für die Präsidentschaft zu kandidieren.[4] Unter Iliescus Nachfolgern hat Rumänien erstmals die Chance, ein ganz "normaler" Staat der demokratischen Legitimität, der Rechtsgleichheit und der Marktwirtschaft zu werden und als solcher vom Ausland, speziell dem westeuropäischen, anerkannt und respektiert zu werden. Die neue Führung empfindet sich "nicht mehr als Gefangene der Vergangenheit", weshalb Präsident Constantinescu gelegentlich auch von einer "Post-Transition" (post-tranziție) spricht, die in Rumänien nunmehr zu beginnen habe.[5] Das war gewiß eine schöne, wenn auch partiell mißverständliche Wortschöpfung, denn konzeptionell und programmatisch ist die neue Führung weit mehr als ihre Vorgängerin eine "Gefangene" der Vergangenheit: Eben weil sie zu dem kommunistischen und postkommunistischen Regime in maximaler Distanz stand, kann und muß sie eine Aufarbeitung der Vergangenheit beginnen, die wahrlich keinen Aspekt ausläßt: Nur sie kann die wahre Natur des Ceauşescu-Regimes erkennen ("kriminelles Terrorregime, antinational, antichristlich, antihuman"), desgleichen die des Iliescu-Regimes ("hat ungezählte Verbrechen, Mißbräuche, Gewalttaten und Gesetzlosigkeiten zugelassen"); nur sie kann die in früheren Zeiten als "Nationalisierung" oder "Kollektivierung" inszenierten Diebstähle privaten Eigentums rückgängig machen, kann die Parteigänger des alten Regimes aus den neuen Strukturen entfernen und notfalls bestrafen, kann notwendige Gesetz erlassen und für deren strikte Einhaltung sorgen, kann die Justiz von altkommunistischen Rechtsbeugern säubern, kann die Überlebenden des kommunistischen Terrors rehabilitieren und entschädigen, kann die vom Kommunismus als "Klassenkampf" praktizierte Vernachlässigung ganzer Berufsgruppen (Ärzte, Lehrer etc.) korrigieren - und zahllose weitere Aufgaben mehr, die zum Gesamtkomplex einer Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit gehören.[6]

Eine solche Aufarbeitung hat es partiell auch unter Iliescu gegeben. Sein Regime gab sich *antikommunistisch* – war aber offenkundig nur *anti-Ceauşescu*. Diese Orientierung konnte über weite Strecken hinweg identisch sein: Ceauşescu war von 1965 bis 1989 uneingeschränkt an der Macht, ab 1974 auch als Staatspräsident, der zudem lange Jahre auch

---

2 Mary Ellen Fischer: Romania – The Anguish of Postcommunist Politics, in: dies. (Ed.): Establishing Democracies, Boulder/ Oxford 1996, S. 178-212.

3 Vgl. Retrospectiva anului 1996 – cele mai importante evenimente (Rückblick 1996 – Die wichtigsten Ereignisse), in: România liberă (RL) 4.1.1997.

4 Florin-Geabriel Marculescu: De la dictatura proletara, la dictatura lui Ion Iliescu (Von der Diktatur des Proletariats zur Diktatur Ion Iliescus), in: RL 28.8.1996.

5 Vitalie Ciobanu: Tranziția moravurilor (Transition der Sitten), in: RL 5.9.1997.

6 Ioan Z. Boilă: Schimbare şi stat de drept. Da sau nu? (Der Wandel und der Rechtsstaat. Ja oder nein?), in: RL 29.7.1997.

über ein beträchtliches Ansehen im Westen verfügte.[7] Jede Aufarbeitung kommunistischer Vergangenheit muß also in irgendeiner Weise mit seiner Person verbunden sein. Wer die Verbrechen Ceauşescus, die menschenfeindlichen Folgen seiner Politik "aufarbeitet", kommt damit sehr weit - zumal diese Aufarbeitung auch in hohem Maße eine Aufdeckung ist, da angesichts der mit den Jahren zunehmend totalen Kontrolle in Rumänien und seiner nahezu völligen Isolierung vom Ausland ein Gutteil der Verbrechen gar nicht allgemein bekannt wurde. So gesehen, gab es in Rumänien nach 1989 sehr wohl eine Aufarbeitung des Kommunismus, und auf den folgenden Seiten wird sie ausführlicher dokumentiert werden.

Ein rumänisches Spezifikum war sogar angetan, eine mögliche Beschränkung der Aufarbeitung allein auf Ceauşescu zu verhindern und doch wenigstens in ihrer Mangelhaftigkeit zu demonstrieren: Rumänische Intellektuelle sprachen früher als andere aus, daß kommunistische Macht eine Kombination aus Terror und Demagogie war und daß der "Kollektivierung" der Menschen die Kollektivierung der Sprache vorausging. Die kritische Sprache verschwand mehr und mehr - über die "Holz-Sprache" (limbaj de lemn) der Partei wurde die geistige und individuelle Unterwerfung unter das parteiliche Repressionssystem vorbereitet, realisiert und perpetuiert.[8]

Auf der anderen Seite aber wurde diese Aufarbeitung grundsätzlich dadurch behindert, daß sie im Auftrag und unter der Kontrolle derer geschah, die immer noch von "sozialistischen Idealen" träumten (die Ceauşescu "verraten" habe), die notwendige Reformen aus vorgeblichen "sozialen Rücksichten auf die Volksmassen" unterbanden, die sich alter Repressionsapparate unter neuem Namen bedienten usw. Unter diesen Umständen mußte die Aufarbeitung sehr rasch an enge Grenzen stoßen, vor allem aber nicht ihr eigentliches Ziel erreichen, den politischen und sozialen Boden für eine wirkliche demokratisch-pluralistisch-marktwirtschaftliche Transformation Rumäniens zu bereiten. Kurz: Rumänien wurde in den Jahren 1944-1996 von solchen regiert, die – unter wechselnden Umständen, mit variierenden Herrschaftstechniken, vor dem Hintergrund veränderter Kontrollmöglichkeiten der Öffentlichkeit etc. – allein die *Macht* wollten; seit Ende 1996 könnten erstmals solche regieren, die die *Freiheit* wollen und diesem Ziel ihre gesamte Politik und alle politischen Mittel unterordnen.[9]

Ceauşescu ist tot – die "kleinen Ceauşescus" wurden immer lebendiger. Das Ceauşescu-Regime zeichnete sich durch einige Besonderheiten aus, die im Sinne der oben angesprochenen Kontinuität der Personen, Konzeptionen und Institutionen fortwirkten. Ceauşescu betrachtete die Kommunistische Partei Rumäniens (Partidul Comunist Român, PCR) als eine Art Antizipation der künftigen "homogenisierten" Gesellschaft Rumäniens, was zu einer unvorstellbaren numerischen Aufblähung der PCR – über 4 Millionen Mitglieder – führte wie auch dazu, daß es im postkommunistischen Rumänien nahezu unmöglich ist,

---

7 Adrian Cioroianu: Teoreticianul, apărătorul, justițiarul (Der Theoretiker, der Verteidiger, der Richter), in: Dosarele Istoriei, Nr. 2/1996, S. 54-60.

8 Ramona Fotiade: Tirania limbii de lemn (Tyrannei der Holzsprache), in: România literară (RL), Nr. 6, 8.2.1990.

9 Ana Blandiana: Mecanismele istoriei (Mechanismen der Geschichte), in: RL 27.9.1997.

ehemalige PCR-Mitglieder zu umgehen oder zu vermeiden. Weiterhin hatte Ceauşescu das "Verschmelzen" von Staat und PCR bis zum Exzess der sog. "Institutionen doppelter Natur" getrieben: Gewisse Ämter im PCR-Bereich brachten *automatisch* entsprechende Staatsämter ein – der Vorsitzende des kommunistischen Jugendverbandes war *automatisch* Jugendminister, der Gewerkschaftsvorsitzende war *automatisch* Arbeitsminister usw. Dieser Umstand bedingte auf Jahre hinaus eine weit höhere "Kontaminierung" der politischen Eliten als in anderen Ländern und förderte das Entstehen und Wirken von "Seilschaften". Hinzu kamen mentale Verwerfungen, die die Aufarbeitung der Vergangenheit ungemein erschwerten: Die nationale Demagogie Ceauşescus ließ eine falsche Vorstellung vom Ausland und eine gefährliche Ablehnung "europäischer" Gedanken in den Köpfen entstehen, die bis zur Gegenwart fortwirkt.[10] Die früher in allen Bereichen betonte und geförderte "Kollektivität" wirkt sich gegenwärtig als gewissermaßen allgemeine Exkulpierung aus: "Ich war so schuldig wie alle – also ist niemand schuld".[11] Unter Ceauşescu wurde jeder Gedanke an individuellen Unternehmergeist systematisch unterdrückt – unter Iliescu wurde dieser Geist nicht gefördert; wer ihn nach 1989 dennoch einbringen wollte, mußte in den Folgejahren entweder davon Abstand nehmen oder ihn in den "Kanälen unterirdischer Ökonomie" ausleben – Rumänien braucht eine "robuste und effiziente Marktwirtschaft", bekam in "sieben postkommunistischen Jahren" aber wenig mehr als blühende Korruption und eine von keinem Gesetz gedeckte Geschäftemacherei.[12] Und vor allem wirkt noch bei vielen der Gedanke nach, daß der Kommunismus zwar schlimm war, Faschismus aber weit schlimmer. Dieser Gedanke ist insofern falsch, als beide "kriminelle Systeme" waren, der Kommunismus jedoch noch "einen zusätzlichen negativen Aspekt" aufwies, da er sich immer und grundsätzlich gegen die *ganze* Gesellschaft richtete und deren "Lebenssessenz" abtötete.[13]

Gewiß: Von Ceauşescu zu Iliescu war per se ein gewaltiger Fortschritt, zumindest anfänglich, denn mit der Zeit wurden die Mängel von Iliescus Herrschaft offenkundiger:

> Nach 1989 war der Wandel durch die Nutzung einer neuen Sprache und neuer Mittel charakterisiert, vorzugsweise durch Leute des alten Systems. Diese haben die Methoden des alten Regimes in der Verwaltung, der Justiz, dem Bildungswesen, dem öffentlichen Gesundheitswesen und sogar auch in der ökonomischen Privatisierung fortgesetzt. Ihnen ist die Ausbreitung von Veruntreuung, Korruption, Mißbräuchen, Gewalt und Gesetzwidrigkeit zu verdanken. Das geschieht nicht zum ersten Mal in unserer Geschichte, und wir sind auch nicht die einzigen, die einen derartigen Wandel erleben. Bei uns waren jedoch gewisse Exzesse weit schwerer als bei anderen Nachbarvölkern in Mittel- und Osteuropa, ausgenommen die Grausamkeiten, die in Ex-Jugoslawien begangen worden sind.[14]

Alle angesprochenen Aspekte – zu denen weitere kommen, über die noch zu sprechen sein wird – zwingen dazu, das Thema "Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Rumänien" in zwei Teilen abzuhandeln, die den zwei Perioden nach 1989 entsprechen: der halbherzigen, unentschlossenen, behindernden und mehr und mehr offen obstruktiven Art, in der

---

[10] Octavian Paler: O falsă antinomie (Eine fasche Antinomie), in: RL 12.8.1997.

[11] Gheorghe Grigurcu: Mitul colectivităţii (Der Mythos der Kollektivität), in: RL 18.8.1997.

[12] Bogdan Ficeac: Schimbarea de mentalitate (Der Mentalitätswandel), in: RL 8.5.1997.

[13] A. Ştefănescu: Fascismul şi comunismul (Der Faschismus und der Kommunismus), in: RL 23.7.1997.

[14] Mihai Korne: Incheiem tranzitia? (Beenden wir den Wandel?), in: RL 20.9.1996.

unter Iliescu mit dieser Aufgabe umgegangen wurde, und der grundsätzlichen Weise, in welcher unter Constantinescu verfahren zu werden scheint.

2. Die Revolution 1989 und die Jahre danach

Die Revolution hatte am 16. Dezember 1989 in Timişoara (Banat) begonnen und am Nachmittag des 22. Dezember in Bukarest gesiegt. Am selben Tag konstituierte sich die FSN, für die Iliescu ein Zehn-Punkte-Programm der "Demokratie, Freiheit und Würde" verkündete: 1. Abschaffung der führenden Rolle *einer* Partei und Einführung eines demokratischen, pluralistischen Systems. 2. Freie Wahlen im ganzen Land (im April 1990). 3. Trennung von Parlament, Regierung und Gericht; politische Ämter werden für höchstens *zwei* Mandate vergeben. 4. Abkehr von sozialistischer Plan- und Kommandowirtschaft. 5. Reformen in der Landwirtschaft. 6. Neugestaltung der gesamten Kultur auf der Basis von Demokratie und Humanität. 7. Rechtsgleichheit nationaler Minderheiten. 8. Förderung nationaler Interessen im Handel. 9. Außenpolitik im Geiste europäischer Integration Rumäniens. 10. Garantierte Menschenrechte. Allein dieses Programm war bereits in allen Punkten das absolute Gegenstück der Ceauşescu-Herrschaft, und am 25. Dezember wurden Nicolae und Elena Ceauşescu wegen "Völkermord" (genocid) mit "über 60.000 Opfern", Untergrabung der Staatsmacht, "Zerstörung nationaler Güter", "Untergrabung der nationalen Wirtschaft" und "Verbringung von über einer Milliarde Dollar auf fremde Banken" zum Tode verurteilt – "das Urteil ist endgültig und wurde bereits vollstreckt".[15] Wie Petre Roman, früherer Regierungschef, 1994 vor der Parlamentskommission "Dezember 89" aussagte, soll der ehemalige PCR-Spitzenpolitiker Silviu Brucan[16] die Anklage erhoben und auch die Exekution des Urteils geleitet haben.[17] Wieder einen Tag später folgte ein Gesetz, mit dem Gesetze des Ceauşescu-Regimes aufgehoben wurden, darunter die berüchtigten Verordnungen zur "wissenschaftlichen Ernährung" (1984), der "Dorf-Systematisierung" (1978) und alle Bestimmungen zum Verbot antikonzeptioneller Mittel.[18] Noch vor Jahresende begann zudem die Tageszeitung "Adevărul" (Wahrheit) mit dem Abdruck des Buchs "Orizonturi Roşii" (Rote Horizonte) von Ion Mihai Pacepa. Pacepa war hoher Staatssicherheitsoffizier und Ceauşescus Berater für Spionage-Fragen gewesen, bis er im Juli 1978 in den Westen flüchtete und hier sein aufsehenerregendes Buch über alle geheimen Machenschaften des Regimes veröffentlichte. Erstmals wurde auch der "Appell der Sechs" vom April 1989 publiziert, mit dem prominente PCR-Politiker (Alexandru Birladeanu, Corneliu Manescu, Constantin Pîrvulescu, Grigore Raceanu, Silviu Brucan, Gheorghe Apostol) bei Ceauşescu gegen dessen Willkürherrschaft protestiert hatten.[19]

---

[15] Wortlaut des Kommuniqués in: Adevarul 26.12.1989; Wortlaut des Urteils in: Adevarul 3.3.1990.

[16] Davon ist in neueren westlichen Dokumentationen, die u.a. Gespräche mit Brucan enthalten, keine Rede, vgl. Siegfried Kogelfranz: Diktatoren im Ruhestand – Die einstigen Ostblockchefs im Gespräch, Berlin 1997, S. 125 ff.

[17] Bericht, in: Adevarul 10.3.1994.

[18] Wortlaut, in: Adevarul 27.12.1989.

[19] Wortlaut, in: Adevarul 5.1.1990.

In den Tagen und Wochen nach der Revolution wurden in rascher Folge alte Beschränkungen aufgehoben, neue Möglichkeiten eröffnet und grundlegende Überlegungen zu Gegenwart und Zukunft Rumäniens angestellt, was alles bereits eine spezifische Aufarbeitung des schweren kommunistischen Erbes darstellte. Allerdings zeigte sich hier bereits die einleitend angesprochene Kluft: Die FSN-Führung war bemüht, Ceauşescu und seinen "Clan" für alles und jedes verantwortlich zu machen, dabei aber kein Wort über die Bedeutung der kommunistischen und/oder stalinistischen Ideologie und Herrschaftstechnik, die Figuren wie Ceauşescu ja erst möglich gemacht hatten, zu verlieren. Das rumänische Volk dachte da weiter, wie bei den großen Versammlungen vom 12. Januar 1990 deutlich wurde. In Bukarest wurden dabei der FSN-Führung drei Dekrete förmlich abgerungen, die auf eine radikalere Aufarbeitung oder Abrechnung zielten:[20]

- Anberaumung eines Referendums zum 28. Januar, bei welchem über die Wiedereinführung der Todesstrafe für "Verbrechen gegen das Volk" entschieden werden sollte.
- Die Kommunistische Partei Rumäniens sollte als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt werden, da deutlich war, daß diese Partei sich gegen den nationalen Geist und alle Überlieferungen gestellt hat.
- Gründung einer "Nationalkommission zur Klärung von Forderungen und Klagen aller Bürger, die Opfer der Diktatur waren".

Um diese drei Dekrete gab es augenblicklich Verwirrung, speziell um das zweite, das unter anderem von dem FSN-"Vordenker" Silviu Brucan so interpretiert worden war, als sei hier die PCR "verboten" worden, was eine "undemokratische Maßnahme" sei.[21] Eine solche Interpretation war jedoch falsch: Die PCR war nicht einfach "verboten" worden – sie war vom ganzen Volk mit einer Art Bannfluch belegt worden, man hatte ihr ein umfassendes Verdammungsurteil zugestellt. Im Grunde war mit diesem Dekret vollzogen worden, was derselbe Brucan noch am 4. Januar auf einer internationalen Pressekonferenz so beschrieben hatte:

> Man kann dem rumänischen Volk sagen, daß Ceauşescu im Ergebnis einer wohlbedachten Verschwörung gestürzt wurde (...) Wahr ist jedoch, daß es einen solchen Plan niemals gegeben hat. In dem totalitären Polizeistaat Ceauşescus wäre es unmöglich gewesen, einen solchen Plan auszuarbeiten. Repression und Überwachung waren in Rumänien so effektiv, daß sich keine politische Gruppe formieren konnte, nicht innerhalb und nicht außerhalb der Partei. Es ist die historische Wahrheit, daß die massive soziale Explosion vom 22. Dezember zu hundert Prozent spontan war. (...) Die Kommunistische Partei blieb die ganze Zeit außerhalb des revolutionären Prozesses. Und weil sich die Partei nicht von Ceauşescu getrennt hat, hat das rumänische Volk die PCR mit Ceauşescu identifiziert. Deswegen ist die Kommunistische Partei in Rumänien am Ende.[22]

Das war richtig, und insofern fiel es kaum auf, daß die 145 Mitglieder umfassende FSN-Führung bereits Mitte Januar 1990 die Dekrete über die Todesstrafe und die PCR wieder aufhob – sie seien "in Panik", "unter dem Druck der Straße" beschlossen worden, eine demokratische Regierung könne so nicht verfahren, die Todesstrafe gegen das Ehepaar Ceauşescu sei be-

---

[20] Wortlaut, in: Adevarul 13.1.1990.

[21] Vgl. das Interview mit ihm, in: Adevarul 16.1.1990.

[22] Bericht über die PK, in: Adevarul 5.1.1990.

rechtigt gewesen usw.[23] Im übrigen, so erklärte Iliescu Ende Februar 1990, sei die PCR faktisch verschwunden, ihr Vermögen sei dem Staat zugefallen, und weitere Aktionen gegen sie seien unnötig.[24]

Die zu Jahresbeginn 1990 von Brucan zu Recht erkannte allgemeine Identifikation der PCR mit Ceauşescu war gefährlich für die FSN, deren Führung zum größten Teil aus langjährigen PCR-Mitgliedern bestand. Demgegenüber insistierte Iliescu darauf, daß die FSN-Führung aus "Menschen mit voller moralischer Autorität, die sich des Vertrauens der Bürger erfreuten", bestünde.[25] Mit diesem vagen Kriterium der "moralischen Autorität" hatte es die FSN von Anfang geschafft, zwei Hauptstützen des Ceauşescu-Regimes auch zu den ihrigen zu machen. Das war erstens die Armee, die in tumultuöse Kämpfe gegen irgendwelche "Terroristen" geschickt wurde, ohne daß je klar wurde, wer damals ihr Gegner war, wie stark er war, in wessen Auftrag er kämpfte usw. In jedem Fall wurde das Ziel erreicht, die Armee kollektiv zu rehabilitieren und als Freund und Helfer des ganzen Volks hinzustellen. Nicht ganz so glatt, aber letztlich doch erfolgreich verlief das mit Ceauşescus Geheimpolizei, der "Securitate": Einerseits war ihr die Rolle der erwähnten "Terroristen" zugedacht, andererseits räumte man ihr früh die Chance ein, sich "von einem Verrückten wie Ceauşescu" mental zu befreien, um auch unter den neuen Verhältnissen vollauf akzeptiert zu sein.[26] Tatsächlich war es viel einfacher: Die Securitate wurde kurz nach der Revolution der Armee unterstellt, was sie ebenso unangreifbar wie manipulierbar durch alte Ceauşescu-Kader machte, und nach den (provozierten) ethnischen Unruhen in Tîrgu-Mureş (März 1990) als "Rumänischer Informationsdienst" (Serviciul Român de Informaţii, SRI) wiedergegründet und in den Folgejahren faktisch jeglicher parlamentarischen Kontrolle entzogen.[27]

Gleichzeitig nahmen die Versuche, alle Schuld auf Ceauşescu abzuwälzen, konkrete Gestalt an: Am 22. Januar 1990 begann der erste Strafprozeß gegen vier hohe Repräsentanten – Tudor Postelnicu, Emil Bobu, Ion Dinca, Manea Manescu – der "Ceauşescu-Clique".[28] Dadurch fühlte sich die FSN sicher genug, ihren provisorischen Charakter zugunsten einer Neuformierung als "demokratische politische Formation" mit einem Programm für Demokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft aufzugeben.[29]

Anfangs hatte sich die FSN gut eingeführt und breiten Zuspruch in der rumänischen Gesellschaft bekommen; später sorgte sie dafür, daß ihr Vorsprung nicht mehr verlorenging, und sei es durch Gesetze über Wahlen und Parteien, die zur Karikatur demokratischer Verhältnisse führten – eine Handvoll Leute reichte hin, eine neue Partei zu gründen, weswegen zahllose

---

23 Berichte, in: Frankfurter Rundschau 15.1.1990; Die Welt 19.1.1990; The Guardian 19.1.1990; Neues Deutschland 19.1.1990.

24 Bericht, in: Neues Deutschland 28.2.1990.

25 Vgl. den Wortlaut seiner Rede vor der FSN-Führung, in: Adevarul 9.1.1990.

26 In diesem Sinne äußerte sich z.B. Brucan in dem zitierten Interview vom 16.1.1990.

27 Anneli Ute Gabanyi: Rumänien – Die unvollendete Revolution, in: Franz-Lothar Altmann, Edgar Hösch (Hrsg.): Reformen und Reformer in Osteuropa, Regensburg 1994, S. 154-76.

28 Vgl. die Anklageschrift und andere Materialien, in: Adevarul 28.1.1990.

29 Wortlaut des Programms, in: Adevarul 7.2.1990.

"Parteien" wie Pilze nach dem Regen hervortraten – und somit den Einfluß der FSN als der einzigen politischen *Kraft* stärkten.[30] Wenn es gar nicht anders ging, mobilisierte die FSN ihre "Hilfstruppen" unter Arbeitern und Bauern, um sie gegen nationale Minderheiten, Intellektuelle u.a. aufzuhetzen; diese Taktik führte bereits im Februar 1990 in Bukarest und einen Monat später in Tîrgu Mureş zu Tumulten. Alle diese "Lektionen" ließen andererseits neue Gruppen entstehen, die in grundsätzlicher Opposition zur FSN standen. Ihr Zentrum wurde Timişoara (nach dem sich einige Vereinigungen wie die "Gesellschaft Timişoara" benannten), wo auch am 11. März die "Proklamation von Timişoara" verabschiedet wurde. Dieses Dokument, das wochenlange Unterstützungsdemonstrationen auslöste, war der Versuch, die Revolution vom Dezember 1989 fortzuführen. Seine Autoren stellten die berechtigte Frage, ob man wohl eine antikommunistische Revolution gemacht habe, um einigen bei Ceauşescu in Ungnade gefallenen "PCR-Dissidenten" nachträglich zur Macht zu verhelfen. Sie beklagten, daß sich die FSN z.B. ein Monopol über die Massenmedien gesichert habe und den Zugang der Opposition zu diesen erschwerte. Um diesen Verfälschungen abzuhelfen, forderte etwa Punkt 8 der Proklamation "ein Verbot für altkommunistische Aktivisten und ehemalige Securitate-Offiziere, in den folgenden drei Legislaturperioden auf Wahllisten zu kandidieren".[31] Wie ein Hohn auf diese Forderungen nahm sich das Ergebnis der Wahlen vom Mai aus: FSN 65%, Iliescu 85%!

Die in der "Nationalen Allianz für die Proklamation von Timişoara" vereinten Regimekritiker boten der FSN und Iliescu persönlich einen "Dialog" an, der aber gemäß Punkt 8 der Proklamation überhaupt nicht möglich war. Punkt 8 wiederum entsprach dem "rumänischen Sentiment gegen Kommunismus und Nomenklaturleute", aber nicht den politischen Realitäten. Zudem bot sich für Iliescu und seinesgleichen die Möglichkeit, sich als "Kämpfer" gegen Ceauşescu zu präsentieren und darauf zu pochen, daß er schließlich "unser erster frei gewählter Präsident" sei. Kurz: Nach den Mai-Wahlen drohte die in Timişoara ausgelöste Debatte um das kommunistische "Erbe" in Manipulation und Lächerlichkeit zu versinken.[32] Und karnevalesk ging die Sache weiter: Im April 1990 hatten Studenten den Bukarester "Universitätsplatz" besetzt und zur "ersten vom Neokommunismus freien Zone" erklärt. Hinter den Studenten versammelte sich bald die gesamte regimekritische Opposition, was Iliescu deutlich nervös machte: Als "Lumpen" (golani) bezeichnete er die Akteure vom Universitätsplatz – was diese augenblicklich als Ehrentitel übernahmen und sogar in ihren Liedern besangen: "Mai bine golan decît comunist – Lieber Lump als Kommunist!"[33] Bevor der Studentenstreich die Chance bekam, die FSN völlig zu demaskieren, ließ Iliescu Mitte Juni den Platz durch angebliche "Bergleute" in selten gesehener Brutalität räumen. Das Ausland erregte sich darüber, in Rumänien blieb alles ruhig – sogar detaillierte Bücher über

---

[30] Anneli Ute Gabanyj: Rumänien – Anatomie einer Dauerkrise, in: Jürgen Elvert, Michael Salewski (Hrsg.): Der Umbruch in Osteuropa, HMRG Beiheft 4, Stuttgart 1993, S. 135-148.

[31] Mihnea Berindei et al.: România, Cartea Albă (Weißbuch Rumänien), Bukarest 1991, S. 10.

[32] Ion Buduca: Cineva trebuie sa fie de vina (Jemand muß schuld sein), in: Cuvîntul 2.5.1990.

[33] Detailliert George Pruteanu: Golaniada sau drumul democraţiei către adevăr (Golaniada oder der Weg der Demokratie zur Wahrheit), in: Cronica, Nr. 20, 18.5.1990.

die ganze Affäre konnten erscheinen.[34] Aber deutlich war nur eines: Die Revolution vom Dezember 1989 war im Juni zu Ende, gesiegt hatte Iliescu mit seinem ganzen Anhang aus alten *Nomenklatur*- und *Securitate*-Leuten, denen er nun als in freien Wahlen bestätigter "Mann der Ruhe" jeden Einfluß einräumen konnte – unter Wahrung gewisser demokratischer "Feigenblätter".[35]

Rumänische Politik, soweit sie nicht totalitär ist, folgt traditionell vor allem zwei Orientierungen, die allem Anschein noch lange Geltung haben werden: Zum einen ist sie paternalistische Patronage, zum anderen wird über ihren Erfolg in den rückschrittlichen Landregionen entschieden. Nominell leben von den 22,7 Millionen Einwohnern zwar 54,7% in Städten (1. Juli 1994), aber tatsächlich sind außer Bukarest, Timişoara, Sibiu, Iaşi und einigen anderen Städten alle anderen Regionen konservative Landgebiete, in denen der gewählt wird, dessen Politik den größten und schnellsten "Nutzen" verspricht. Das wußte niemand besser als die FSN-Führung, die dieses Wissen dann auch politisch instrumentalisierte und sich folglich um Proteste städtischer Intellektueller überhaupt nicht mehr kümmern mußte. Die FSN hat schon Anfang 1990 Renten erhöht, die Arbeitszeit auf 37,5 Wochenstunden gesenkt, Betriebsschulden und Importrestriktionen gestrichen und weitere "Geschenke" in Fülle gemacht, die zwar volkswirtschaftlicher Wahnsinn waren, aber zu Wahlsiegen verhalfen. Hinzu kam das Medien-Monopol, das später dazu verhalf, unumgängliche Wirtschaftsreformen dadurch zu verwässern, daß man angebliche "soziale Rücksichten" als Ausrede vorschob. Diese Taktik hatte selbst dann noch Erfolg, als das "Tandem" Iliescu-Roman im März 1992 zerbrach und die alte FSN sich in zwei rivalisierende Gruppen spaltete. Iliescu und seine neugebildete "Demokratische FSN" siegten bei den Wahlen 1992, allerdings deutlich knapper. Die fehlende Unterstützung besorgten sie sich bei rechten und nationalistischen Parteien, die ohnehin gegen die meisten Reformen waren, da sie diese als "Ausverkauf Rumäniens an Ausländer und Juden" ansahen.

Rumäniens politische Natur wurde von Kritikern gelegentlich und zutreffend als "simulierte Demokratie" bezeichnet. Aus der simulierten eine echte Demokratie zu machen, war die heimliche Absicht hinter der westlichen Unterstützung, die Rumänien *trotz alledem* reichlich bekam: IMF- und Weltbankkredite, assoziierte Mitgliedschaft in der EU, Mitgliedschaft im Europarat, Meistbegünstigung durch die USA, Mitgliedschaft in der "Partnerschaft für den Frieden" usw. Rumänien bemühte sich, durch einige Maßnahmen im Inneren, die jedoch wenig mit Marktwirtschaft zu tun hatten (Preiskontrolle, Importrestriktionen), und prowestliche Gesten nach außen (strikte Beteiligung am Embargo gegen Rest-Jugoslawien) dieses Vertrauen des Westens zu stärken. Dadurch entstand eine eigentümliche Lage für das ganze Land: Es gab sehr wohl ein potentielles "framework" für eine wahre Demokratie, verkörpert vor allem in der neuen Verfassung vom 21. November 1991. Dieser Ansatz wurde jedoch unzureichend verwirklicht. Das wußte auch der Westen, der allerdings mittlerweile mit anderen Ländern in Ostmittel- und Südosteuropa so schlechte Erfahrungen gemacht hat,

---

34 Vgl. Berindei et al., România ..., a.a.O.

35 Berindei et al., România ..., a.a.O., S. 180 ff.

daß er die rumänischen *Möglichkeiten* sozusagen als vorweggenommene *Realitäten* sah und entsprechend honorierte.

3. Details der antikommunistischen Aufarbeitung

3.1 Juristische Bewältigung kommunistischen Unrechts

Bereits am 23. Dezember 1989 verfügte die FSN-Führung eine Freilassung *aller* politischen Häftlinge. Am 6./7. Januar 1990 folgte die Abschaffung der Todesstrafe, was ebenfalls beifällig aufgenommen wurde, da andererseits bekannt wurde, daß das Ceauşescu-Regime noch in den Jahren 1980-1989 insgesamt 77 Personen zum Tode hatte verurteilen lassen.[36] Aber wie weiter oben bereits ausgeführt, hat die FSN eine Aufarbeitung und Bewältigung des Ceauşescu-Regimes betrieben, nicht des Kommunismus schlechthin. Ceauşescus Familie wurde, soweit noch am Leben,[37] nach einiger Zeit in Ruhe gelassen und konnte sich als Clan erfolgreicher Geschäftsleute neu etablieren.[38] Zuvor war nicht einmal im Prozeß gegen Nicolae und Elena Ceauşescu ein *politisches* Wort verloren worden – es war ein reiner Strafprozeß gegen zwei Angeklagte, die sich gewisser strafrechtlich relevanter Vergehen schuldig gemacht hatten.[39] Anfang März 1990 beging der Vorsitzende des Militärgerichts, General Georgica Popa, Selbstmord, und die Todesumstände des Ceauşescu-Richters wurden nie aufgeklärt.[40] Unter rätselhaften Umständen verstarben auch der Offizier Dinu, der die Ceauşescus damals verhaftet hatte, und Oberst Malucan, der ihren Flucht-Helikopter gesteuert hatte.[41] Im übrigen wurde es bereits ab Mitte 1990 zunehmend schwieriger, selbst die auf das Ceauşescu-Regime begrenzte Aufarbeitung kommunistischer Vergangenheit durchzusetzen, da von der extremen *Rechten* wie etwa Corneliu Vadim Tudors "România Mare" (Groß-Rumänien) eine offene "Rehabilitierung" Ceauşescus betrieben wurde.[42] Mitte März 1993 gründeten Privatleute aus Piteşti sogar ein "Komitee für die Ehrung des Andenkens an Präsident Nicolae Ceauşescu".[43]

Wie ebenfalls bereits erwähnt, wurden im Januar 1990 einige frühere PCR-Spitzenfunktionäre inhaftiert und im März 1991 bzw. April 1992 zu teils langen Haftstrafen (bis zu 16 Jahren)

---

36 Bericht, in: RL 23.3.1994.

37 Detailliert dazu Dragoslav Marković: Rumunija i bliska prošlost – Povratak među obične ljude (Rumänien und die jüngste Vergangenheit – Rückkehr unter die einfachen Leute), in: Vreme (Belgrad) 3.2.1996, S. 34-35.

38 Vgl. Gh. Ionescu-Ojbojan: Clanul Ceauşescu după revoluţie (Der C.-Clan nach der Revolution), in: Curierul românesc, Nr. 5/1994.

39 Vgl. das stenographische Protokoll, in: Totuşi iubirea, Nr. 21-25/1991.

40 Berichte, in: Le Monde 4.3. und 6.3.1990.

41 Bericht, in: Vreme (Belgrad) 3.2.1996, S. 35.

42 Andrei Cornea: Spre o reabilitare a lui Ceauşescu (Zu der Rehabilitierung Ceausescus), in: "22" 15.6.1990.

43 Meldung, in: Cotidianul 17.3.1993.

verurteilt.[44] Insgesamt kamen rund 30 Personen vor Gericht. Bis auf einen waren schon im Frühjahr 1994 alle wieder frei, und Ende März 1994 erfolgten offizielle "Begnadigungen".

Sorgfältiger wurde die Enteignung der PCR vorgenommen. Ihr Barvermögen betrug umgerechnet rund 1,2 Mrd. DM, und schon Anfang 1990 hatte die Regierung eine eigene Fahndungskommission darauf angesetzt. Hinzu kamen 60 Firmen mit zusammen 48.000 Angestellten, 45 Agrarkomplexe, 21 Schlösser, 41 Villen, Jagdreviere, Flugzeuge, Yachten usw., was sich alles auf einen Wert von über 10 Mrd. DM summierte, die nun dem Staat zufielen.[45]

Ein Sonderfall von postkommunistischer "Bewältigung" spielte sich in den Wochen nach der Revolution in rumänischen Krankenhäusern ab: Frauen nutzten die Streichung zahlreicher Ceauşescu-Gesetze, darunter das Verbot von Antikonzeption und Abtreibung, um nun legale Schwangerschaftsunterbrechungen vornehmen zu lassen. Dabei wurde – auch eine Form von "Bewältigung" – bekannt, daß das alte Regime zwar viele Kinder *wollte*, aber nichts für die Kinder tat – weswegen Rumänien die höchste Mütter- und Kindersterblichkeit Europas aufwies.[46] Überhaupt wurden damals schreckliche Details aus dem medizinischen Bereich publik: Mißbrauch der Psychiatrie durch die Securitate, AIDS-Epidemie unter Neugeborenen an zahlreichen Kliniken u.a.m.[47]

Daneben hat es sehr wohl Versuche gegeben, in Rumänien eine grundlegende Aufarbeitung des *Kommunismus* zu initiieren. Wortführer dessen war das "Demokratische antitotalitäre Forum von Rumänien" (Forum democrat antitotalitar din România, FDAR), in dem sich mehrere konservative, liberale, christliche usw. Parteien und Gewerkschaften versammelt hatten. Das am 6. August 1990 in Cluj entstandene FDAR verstand sich ab 1991 als Organisations- und Aktionszentrum der Opposition, das u.a. folgende Grundsätze festlegte:

1. Der Kommunismus kann, wie es seine historische Entwicklung in allen Kontinenten bewiesen hat, nicht anders als totalitär sein. (...) Das tragische historische Experiment des Kommunismus, das überall mit Millionen Menschenopfern und mit desaströsen sozioökonomischen Erschütterungen bezahlt wurde, bringt uns dazu, alle Versuche neuer soziopolitischer Experimente auf der Basis der kommunistischen Ideologie als direktes Attentat auf die Zukunft des rumänischen Volkes anzusehen.
2. Die nationalen Probleme, mit denen unser Volk in diesen Tagen konfrontiert ist, halten wir für eine Konsequenz aus 45 Jahren Kommunismus (...) Um die entstandene Situation zu klären und neue Konflikte mit schrecklichem Ausgang zu verhindern, halten wir es für notwendig, ein dauerndes Diskussionsforum zu schaffen, in dem alle betroffenen und interessierten Parteien vertreten sein sollen. Dieses Forum soll einen Konsultativcharakter für die Regierung besitzen (...).[48]

Ende 1990 trat auch die "Bürger-Allianz" (Alianța Civică) mit ähnlichen Forderungen auf, nachdem sie den 15. November zum "Nationalen Tag des Kampfes gegen den Kommunismus" erklärt hatte.

---

[44] Detailliert zu den ersten Verfahren Agathe Logeart: Injustices roumaines, in: Le Monde 22.3.1991.

[45] Berichte, in: International Herald Tribune 19.1.1990; Welt 22.1.1990; Frankfurter Rundschau 23.1.1990; Süddeutsche Zeitung 8.4.1991.

[46] Berichte, in: Le Monde 24.1.1990; taz 29.1.1990.

[47] Berichte, in: International Herald Tribune 9.2.1990; The Guardian 28.2.1990; FAZ 2.11.1992.

[48] Wortlaut, in: Dreptatea 28.3.1990.

3.2 Die AFDPR und der "Prozeß gegen den Kommunismus"

Anfang 1990 bildete sich die "Union ehemaliger politischer Gefangener Rumäniens" (Uniunea Foştilor Deţinuţi Politici din România), die sich als *Partei* (partid) an den Wahlen 1990 beteiligte, bei diesen aber weit unter einem Prozent Stimmen errang. Danach benannte sie sich in "Assoziation ehemaliger politischer Gefangener Rumäniens" (Asociaţia Foştilor Deţinuţi Politici din România, AFDPR) um und nahm an den Vorarbeiten zum "Prozeß gegen den Kommunismus" (procesul comunismului) teil. Langjähriger Vorsitzender der AFDPR ist Constantin Ticu Dumitrescu, der für die Nationale Bauernpartei – Christdemokraten (PNŢCD) im Senat des rumänischen Parlaments saß.

Der "Prozeß gegen den Kommunismus" war Ende 1990 von Justizminister Victor Babiuc ("im Namen des Premierministers der rumänischen Regierung") u.a. mit folgenden Worten angekündigt und angemahnt worden:

> Wir können und dürfen nicht ruhig sein, wenn gleichzeitig die Schuldigen am ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Desaster, die auch die Rumänische Revolution vom Dezember 1989 im Blut zu ersticken versuchten, sich unerkannt und sorglos unter uns befinden, fern jeder Verantwortung. Das Verschweigen der Wahrheit, die Verzögerung des Vollzugs der Gerechtigkeit stehen gegen die Interessen der Gegenwart und der Zukunft des rumänischen Volkes, weswegen die Passivität der Strafverfolgungsbehörden, in erster Linie der Staatsanwaltschaft, nicht geduldet werden kann.[49]

Mit anderen Worten: Es sollte natürlich kein "Prozeß gegen den Kommunismus" werden, sondern ein Strafprozeß gegen ungezählte Funktionäre des Ceauşescu-Regimes. Konkret dachte der Justizminister an Vorfälle wie die Wahlfälschungen von 1946, die Kanalbauten von Ceauşescus Vorgänger, Gheorghiu-Dej, die Zwangskollektivierungen und andere bis hin zu gefälschten Wirtschaftsberichten der späten Ceauşescu-Zeit.[50] Ähnlich betrachtete die Angelegenheit auch Babiucs Nachfolger, Mircea Ionescu-Quintus, ein Nationalliberaler und ehemaliger politischer Gefangener. Er wollte einen reinen Strafprozeß gegen alle, die sich gewisser Verbrechen schuldig gemacht hatten, welche auch nach damaligem Recht strafbar waren. Im übrigen schien Ionescu-Quintus nicht unglücklich, daß "der Prozeß in der Zuständigkeit des Obersten Gerichts liegt und nicht unserem Ministerium untersteht".[51]

Was für ein Prozeß sollte da überhaupt stattfinden? Im Dezember 1990 schlug ein Staatsanwalt (procuror) in der Presse vor, ein "moralisches Tribunal des Volkes" gegen die gesamte PCR-Spitze bis zur Bezirksebene zu veranstalten, um diese der Terrorisierung und "Versklavung" der ganzen Bevölkerung, der Zerstörung der Wirtschaft, der Fälschung der Geschichte, der Kirchenverfolgung und weiterer Delikte anzuklagen. Ausgenommen werden sollten diejenigen, die aus der PCR ausgeschlossen wurden, die sich "menschlich benommen" hätten, die in verschiedenen Formen "gegen die kommunistische Diktatur" kämpften usw. Die anderen sollten dazu verurteilt werden, auf einer "Schande der Menschheit"-Liste verzeichnet

---

49 Victor Babiuc: Procesul comunismului, in: RL 27.12.1990; unter anderer Überschrift wurde die Erklärung auch anderweitig publiziert, z.B. in: Dimineaţa 27.12.1990.

50 Vgl. das Interview mit Babiuc, in: RL 13.2.1991.

51 Vgl. das Interview mit Ionescu-Quintus, in: Azi 6.2.1992.

zu werden.[52] "Anklageschrift" (rechizitoriu) hatte der Autor seinen Artikel überschrieben, aber es war natürlich keine Anklageschrift, wie auch ein solcher "Prozeß" kaum abzuhalten gewesen wäre. Man sprach vom "Prozeß gegen den Kommunismus", meinte einen "Prozeß gegen die frühere kommunistische Nomenklatur", war sich der Notwendigkeit beider Prozesse bewußt, wußte aber nicht, wie man sie durchführen sollte – befand im September 1991 der Abgeordnete Claudiu Iordache.[53]

Die AFDPR betrachtete den Prozeß als "höchst notwendig für die moralische Hygiene des rumänischen Volkes" und reichte darum eine förmliche "Strafanzeige" (denunț penal) bei der Staatsanwaltschaft ein, die von zahlreichen Bürger- und Menschenrechtsorganisationen unterstützt wurde. Allerdings war sich die AFDPR nicht über Natur und Verlauf des Prozesses klar, wie ihr Vorsitzender Dumitrescu erkennen ließ.[54] Natürlich wolle man nicht alle ehemaligen Mitglieder der PCR und ihrer Nebenorganisationen vor Gericht stellen, wohl aber "ein paar Hundert Individuen", die sich wegen Vergehen gegen die Menschheit zu verantworten hätten – das verlangten die "Überlebenden des kommunistischen Gulag", die Millionen von der kommunistischen Herrschaft Geschädigten, die Emigranten, die um ihre Zukunft betrogenen Jugendlichen und überhaupt alle ehrlichen Menschen, denen es um die historische Wahrheit ging. Im Sinne dieser Wahrheit, so Dumitrescu weiter, müsse man auch zugeben, daß von denselben "kriminellen Kommunisten" die "Revolution konfisziert" worden sei, weswegen "der Prozeß gegen den Kommunismus uns heute als die letzte Chance der rumänischen Revolution erscheint".

Am 16. September 1991 fand die erste Sitzung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Prozesses statt, wobei darauf verwiesen wurde, daß man unbedingt Zugang zu den Archiven von Securitate, Zentralkomitee der PCR, Direktion der Strafanstalten und der obersten Polizeibehörden haben müsse. Weiterhin wurde gefordert, daß der Prozeß sich zuerst mit ehemaligen Innenministern, Securitate-Chefs "und anderen Spitzen der Repressionsorgane" befassen müsse, zudem sollte "parallel" ein Prozeß um die Ereignisse auf dem Universitätsplatz vom Juni 1990 stattfinden.[55] Allein diese Forderungen dürften hingereicht haben, den ganzen Prozeß versanden zu lassen. Anfang Januar 1992 erklärte AFDPR-Chef Constantin Ticu Dumitrescu, daß der Prozeß stattfinden könne, "wenn der da oben (= Iliescu) den Prozeß will"; das aber sei eher unwahrscheinlich, denn die zum SRI mutierte Securitate "hält das ganze Beweismaterial zur Eröffnung des Prozesses zurück".[56] Zu dieser Zeit waren die Prozeßvorbereitungen bereits in eine nahezu tragische Ausweglosigkeit geraten: Die AFDPR drängte auf den Prozeß, um mit ihm der einsetzenden Ceauşescu-Nostalgie (Dumitrescu: "Unter Ceauşescu war alles viel besser, und man sieht schon Leute, die das Grab des Diktators mit Blumen schmücken") zu

---

52 Ioan Marculescu: Procesul comunismului – Rechizitoriu (Prozeß gegen den Kommunismus – Anklageschrift), in: RL 12.12.1990.

53 Vgl. das Interview mit ihm, in: Viitorul românesc 10.9.1991.

54 Constantin Ticu Dumitrescu: Procesul comunismului – ultimă şansa a Revoluției (Der Prozeß gegen den Kommunismus – Letzte Chance für die Revolution), in: Cotidianul 3.3.1992.

55 Bericht; in: RL 18.9.1991.

56 Bericht; in: RL 14.1.1992.

begegnen – andere Mitglieder der vorbereitenden Arbeitsgruppe warnten vor der "sehr gefährlichen Illusion", daß man "mit der Verurteilung von einigen Zehn, Hundert, Tausend Personen den Kommunismus ausmerzen könne".[57] Im April 1992 mahnte Dumitrescu nochmals den Prozeßbeginn an, da ja einzelne Anklageschriften, in einer Stärke von 48 Aktenbänden, vorlägen.[58] Die zuständigen Ministerien (Inneres, Justiz) verteidigten sich mit dem Hinweis, daß ihnen noch wichtige Unterlagen fehlten, die in den Jahren vor 1989 und in den Wirren der Revolution verlorengegangen seien.[59]

Wie zu erwarten, wurde aus dem Vorhaben gar nichts. Dumitrescu hatte sich keiner Illusion hingegeben: "Krypto-Kommunisten" in der Regierung, Altkommunisten in Armee und SRI, "notorische Kriminelle oder Leninisten von (der PCR-Akademie) 'Stefan Gehorghiu'" im Parlament – da könne man den Prozeß getrost vergessen. Rumänien benötige etwas ganz anderes: "kollektiven Rücktritt des sogenannten Präsidenten, der Regierung und des Parlaments der nationalen Schande, Annullierung aller Gesetze, die der Kommunismus nach dem 6. März 1945 bis zur Gegenwart erlassen hat, Wiedereinsetzung der Verfassung von 1923".[60]

Das war 1991. Zwei Jahre später geriet die AFDPR in eine tiefe Krise – während gleichzeitig die liberale Tageszeitung "România liberă" (Freies Rumänien) unter dem Signum "Marturii pentru procesul comunismului" (Zeugen für den Prozeß gegen den Kommunismus) in loser Folge die schweren Schicksale von Rumänen aufzeichnete, die einmal Jahre im kommunistischen "Gulag" verbracht hatten.

Im Oktober 1993 hielt die Bukarester "Filiale" der AFDPR, die allein 7.500 Mitglieder zählt, ihre "Generalversammlung" ab, bei der konkrete Vorschläge – "Schwarzbuch" mit Zeugenaussagen über "Kollaboration" zu kommunistischen Zeiten, "Publikation von Namenslisten ehemaliger Securitate-Informanten" usw. – besprochen wurden und eine neue Leitung gewählt wurde.[61] Diese Wahlen fielen so chaotisch aus, daß sie später annulliert werden mußten, wie auch die ganze Versammlung von "skandalösen" Streitereien begleitet war.[62] Unter diesen Umständen hätte auch der 3. Nationalkongreß der AFDPR, für den Dezember 1993 nach Bukarest einberufen, zu leiden gehabt, hätte sich nicht eine rapide Verschlechterung des rumänisch-moldovischen Verhältnisses ergeben. Diese brachte die zerstrittene Vereinigung im Protest gegen die russische Vereinnahmung der ethnisch *rumänischen* Moldova wieder zusammen und an die Seite rechtsgerichteter Organisationen wie der "Liga der Kriegsveteranen" (Liga Veteranilor de război).[63] Der Kongreß selber nahm

---

57 Francesco Gerardi: Procesul comunismului va avea loc? (Wird der Prozeß gegen den Kommunismus stattfinden?), in: Tineretul liber 22.1.1992.

58 Meldung, in: RL 11./12.4.1992.

59 Cine blocheaza procesul comunismului? (Wer blockiert den Prozeß gegen den Kommunismus?), in: Dreptatea 5.5.1992.

60 Constantin Ticu Dumitrescu: Fara comunism! (Ohne Kommunismus), in: Dreptatea 27.8.1991.

61 Bericht, in: RL 22.10.1993.

62 Bericht, in: Cotidianul 26.10.1993.

63 Bericht, in: RL 11.12.1993.

dann einen relativ friedlichen Verlauf – man beschwor die Einheit und politische Unabhängigkeit, die allein für die Demokratie einzutreten habe, da Rumänien "die beiden Gesichter des Totalitarismus, den Nazismus und den Kommunismus, erlebt" habe.[64]

Der "Prozeß gegen den Kommunismus" wurde mit jedem Jahr mehr zur Farce. Einerseits gingen die Vorbereitungen weiter und brachten sogar erstaunliche Ergebnisse – im Mai 1994 wurde z.B. bekannt, daß man in den Securitate-Archiven zu Repressionen aus den 60er Jahren fündig geworden war, daß 160 Securitate-Offiziere als Täter von Verbrechen namhaft gemacht worden waren, daß 75.000 Aussagen von politisch Verfolgten eingangen waren u.a.m. Andererseits wurde bekannt, daß alle diese Vorarbeiten vom Securitate-Nachfolger SRI ausgeführt wurden, und der SRI setzte sich zu vier Fünfteln aus alten "Secus" zusammen.[65]

3.3 Das "National-Institut zum Studium des Totalitarismus"

Wie eine Art Resteverwertung der Vorarbeiten zum "Prozeß gegen den Kommunismus" mutet das am 13. April 1993 gegründete "National-Institut zum Studium des Totalitarismus" (Institutul Național Pentru Studiul Totalitarismului, INST), das sich auch in deutscher Sprache vorstellt (vgl. den Text im Anhang).

Wie man sieht, war das Institut eine reine Staatsinstitution (im Budget der Rumänischen Akademie) und auch keineswegs auf das Studium des kommunistischen Totalitarismus allein angelegt. Dennoch war das Institut, ausweislich seiner bisherigen Veröffentlichungen, ein so vielversprechendes Unternehmen, daß der nie stattgefundene "Prozeß gegen den Kommunismus" zu verschmerzen ist: Dessen Absicht war ehrenwert, die Umsetzung indessen, die ganze postkommunistische Aufarbeitung in einem prozessual-strafrechtlichen Kraftakt zu erledigen, wäre bereits in einem frühen Stadium gescheitert. Jetzt gab es ein spezialisiertes Institut, daß diese Aufarbeitung ohne Zeitdruck und ohne verfahrenstechnische Rücksichten, mit wissenschaftlichen Methoden und mit dokumentarischer Akribie leisten konnte – alles im lebendigen Austausch mit Fachkollegen, der über Symposien realisiert wurde[66] – und so mit Sicherheit mehr erreichte. Vermutlich waren in das INST auch die Zeugenaussagen und Erinnerungen eingegangen, zu deren Einsendung das "Informationsamt der Regierung Rumäniens" (Departamentul Informațiilor al Guvernului Romaniei) die Bevölkerung 1991 aufforderte; aus den Einsendungen sollte ein "Weißbuch der Opfer des kommunistischen Regimes in Rumänien" entstehen.[67]

---

[64] Bericht, in: RL 13.12.1993.

[65] Bericht, in: Expres, Nr. 19, 17.-23.5.1994.

[66] Flori Stanescu, Mircea Stanescu: Simpozionul national – Studiul Totalitarismului: Perspective interdisciplinare (Das Nationalsymposion Studium des Totalitarismus: Interdisziplinäre Perspektiven), in: Arhivele Totalitarismului (AT), Nr. 4/1994, S. 290-296.

[67] Kommuniqué, in: Realitatea românească 7.9.1991.

Unter den Publikationen des Instituts ist zunächst die "colecţia Documente" zu erwähnen, die 1995 einen Band über die Anfänge der PCR im I. Weltkrieg herausbrachte.[68] *Direkt* hatte der Band keine große Bedeutung – daß die PCR bis 1944 eine Sekte von weniger als 1.000 Mitgliedern, darunter kaum *Rumänen*, war, wußte man schon zur Ceauşescu-Zeit. Der *indirekte* Zweck des Bandes war jedoch, die PCR als antirumänische "fünfte Kolonne" der sowjetischen Bolschewiken, als Bedrohung rumänischer Souveränität hinzustellen, die von Anfang an dank der Umsicht und Aufmerksamkeit rumänischer Geheimdienste in Schach gehalten wurde.

Weiterhin ediert das Institut die Zeitschrift "Arhivele Totalitarismului" (Archive des Totalitarismus), von der bislang sechs Folgen, jede 200-300 Seiten stark, erschienen sind. Jede von ihnen ist eine unter dem Aspekt der Aufarbeitungsthematik erhellende Lektüre: Neben theoretischen Ausführungen, Memoiren Überlebender, Schilderungen einzelner Straflager usw. stehen Kalendarien gewisser Ereignisse wie der Zwangskollektivierung, Zeugenaussagen über Widerstandsaktionen, Rundblicke durch das einschlägige Schrifttum, Bibliographien u.a.m., was alles zusammen eine wirkliche *Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit* insgesamt, d.h. nicht nur des Ceauşescu-Regimes, ist.

Neben dem INST gibt es ähnliche Aktivitäten auf gewissermaßen *non-governmental* Basis: Im Sommer 1993 startete z.B. die oppositionelle "Gruppe für den sozialen Dialog" (Grupul pentru Dialog Social) in ihrem "Video Studio Est" die Dreharbeiten an einem Film "Sub semnul torturii" (Im Zeichen der Tortur), der die "in kommunistischen Gefängnissen ertragenen Leiden" zum Thema haben sollte. Ehemalige Häftlinge wurden gebeten, sich im Studio zu melden, um "äußerst konzis formulierte Fragen" zu beantworten und so die Authentizität des Filmvorhabens zu steigern.[69] Überhaupt schien das Medium Film damals eine wichtige Rolle in der postkommunistischen Vergangenheitsbewältigung zu spielen. Ende 1993 kam der Dokumentarfilm "Nu ne răzbunaţi" (Rächt uns nicht) in die Kinos, eine Geschichte jener rumänischen Offiziere, die nach dem 23. August 1944 den rumänischen Frontwechsel *nicht* mitmachten und von denen 86 in sowjetischen Lagern umkamen. Ebenfalls zu sehen war der Dokumentarfilm "Timişoara – Decembrie 1989", und in Vorbereitung war, in Zusammenarbeit mit der AFDPR, ein weiterer Film über die Lager des "kommunistischen Gulag in Rumänien".[70]

3.4 Lager, Opfer, Entschädigungen

Wie überall im postkommunistischen Osteuropa, so kam auch in Rumänien bald nach der Revolution der (urspünglich sowjetische) Begriff "Gulag" als Synonym für das Netz kommunistischer Straf- und Arbeitslager auf. In Rumänien umfaßte dieses Netz mehr als 120 Anstalten, über denen eine "Direktion der Strafanstalten, Lager und Kolonien" (Direcţia Penitenciare, Lagăre şi Colonii) mit Sitz in Bukarest stand.

---

[68] Florial Tanasescu et al. (Hrsg.): Ideologie si structuri comuniste in Romania 1917-1918 (Kommunistische Ideologie und Strukturen in Rumänien), Bukarest 1995.

[69] Aufruf, in: RL 9.8.1993.

[70] Bericht, in: RL 12.11.1993.

Gerade die Beschäftigung mit dem "Gulag" führt die Aufarbeitung der eigenen jüngeren Geschichte in die Bahnen, die für eine tiefgehende Reflexion unerläßlich sind. Erst durch Sammlung, Analyse und Veröffentlichung von Memoiren Überlebender kam z.B. das INST zu der einzig zutreffenden Schlußfolgerung, daß nämlich die größten Verbrechen, Massentötungen, Terrorurteile usw. lange *vor* Ceauşescus Machtantritt passiert sind, daß Rumänien hierbei nur den für ganz Osteuropa von Stalin vorgegebenen Mustern folgte und daß Ceauşescu das von seinen Vorgängern eingerichtete Überwachungs- und Terrorsystem nur in gemildeter Form weiterführen mußte, um "bis 1989 ohne Probleme zu regieren".[71]

Unter den Gefängnissen (penitenciarul) hatten die von Jilava (Braşov), Suceava (Moldau) und Aiud (Region Alba) den schlimmsten Ruf - Aiud galt geradezu als "un Auschwitz românesc",[72] in dem es sogar eine *Gaskammer* (cameră de gazare) gegeben haben soll.[73] Es bestand aus drei großen Komplexen, die nach 1945 weiter ausgebaut wurden, um immer neue Gruppen von Häftlingen aufzunehmen. 1956 wurde das ohnehin strenge "Regime" von Aiud nochmals verschärft, da die rumänischen Machthaber angesichts des Volksaufstands im benachbarten Ungarn fast in Panik gerieten[74] und die inhaftierten "Volksfeinde" (duşman al poporului) noch härter als bisher drangsalierten. Daraufhin kam es im Gefängnis zu einer Revolte, die so stürmisch ablief, daß man in der Stadt davon erfuhr und die Nachricht ausländischen Rundfunkstationen übermittelte. Dieses "Echo" war der PCR mehr als peinlich, weswegen sie die Angelegenheit relativ milde zu Ende brachte.[75]

Kaum weniger schlimm waren die Lagerkomplexe "Salcia" und "Canal". Salcia ist ein kleiner Ort in der *Baltă Brăilei*, also dem Sumpfgebiet im Süden von Brăila. Hier wurde ab 1952 ein Zwangsarbeitslager eingerichtet, dessen Zentrum in Salcia lag, neben dem weitere Außenlager in Gradina, Stoieneşti, Bandoiu, Stramba und Piatra-Frecatei existierten.[76] Als "Canal" werden die *elf* Zwangsarbeitslager um die Orte bzw. Landschaften Cernavoda, Poarta Alba und Capul Midia bezeichnet, in denen politische Gefangene den Donau-Schwarzmeer-Kanal bauten. Die Idee zu diesem Bauwerk soll von Stalin selber gekommen sein.[77]

Eine besondere Rolle spielten 1949/50 die Gefängnisse von Piteşti und Suceava. Dort waren zumeist Studenten inhaftiert, an denen die Securitate eine Sonderform von "Umerziehung" ausprobierte[78]: Die Inhaftierten mußten sich untereinander selber schlagen und quälen, eigene

---

71 Octavian Rosku: Neliniştea lecturii (Die Unruhe der Lektüre), in: AT, Nr. 1/1993, S. 11-17.

72 Zahlreiche Berichte Überlebender, in: AT, Nr. 1/1993, S. 109-125.

73 So berichtete im März 1991 die Zeitung "Opinia studentească" aus Iaşi, zit. n. AT, Nr. 1/1995, S. 286.

74 Detailliert dazu Mihai Retegan: Starea de spirit in România la sfârsitul anului 1956 – Date din arhiva C.C. als PCR (Der Geisteszustand in Rumänien am Jahresende 1956 – Daten aus dem ZK-Archiv der PCR), in: AT, Nr. 2/1995, S. 111-128.

75 Alexandru Virgil Ioanid: Revolta din Aiud (Die Revolte von Aiud), in: RL 13.2.1990.

76 Detailliert Flori Stanescu: Salcia – un lagar de exterminare (Salcia – ein Vernichtungslager), in: AT, Nr. 1/1995, S. 188-201; ders.: Salcia – un lagar de munca fortata (Salcia – ein Zwangsarbeitslager), in: AT, Nr. 2/1995, S. 163-185.

77 So berichtete es der Überlebende Radu Sergiu Ruba, zit. n. AT, Nr. 4/1994, S. 261.

78 Detailliert dazu Silvia Colfescu et al. (Hrsg.): Documente ale procesului reeducării din închisorile Piteşti, Gherla (Dokumente des Umerziehungsprozesses in den Gefängnissen P. und G.), Bukarest 1995.

Prozesse organisieren, Aussagen vor selbstorganisierten Tribunalen machen, bis aus jedem von ihnen selbst das herausgepreßt war, was die Securitate anderweitig nie erfahren hätte. Erst dann galten sie als "aufrichtig" und konnten in die "Organisation der Gefangenen mit kommunistischer Überzeugung" (Organizatia Deţinuţilor cu Convingeri Comuniste, ODCC) aufgenommen werden. Einer von denen, die das "Phänomen Piteşti" überstanden haben, ist Radu Ciuceanu, Gründer und Leiter des (erwähnten) National-Instituts zum Studium des Totalitarismus (INST).[79] Zum "Phänomen Piteşti" bemerkte 1993 die Schriftstellerin Roxana Iordache: "In Rumänien stellte das Experiment von Piteşti den Höhepunkt des Grauens dar, das Phänomen einer Entmenschlichung, die in ihrer Grausamkeit einmalig war".[80]

In allen Gefängnissen und Lagern gab es überwiegend politische Gefangene, die sogenannten "fazani" (Fasane), daneben aber auch gewöhnliche Kriminelle, die allgemein als "pinguini" (Pinguine) bezeichnet wurden.[81] Da die Gefängnisse für die Massen derer, die immer neuen "Säuberungen" (purificarii) zum Opfer fielen, zu klein waren, wurden zunächst "Internierungszentren" (centrele de internare),[82] danach 1945 "lagăre speciale" für sie eingerichtet, in denen sie "Zwangsarbeit zum Nutzen des Staates" (muncă obligatorie in folosul Statului) verrichten mußten.[83] 1950 kamen schließlich noch die "Arbeitskolonien" hinzu, deren Insassen bevorzugt bei den neuen Großbauten – Donau-Schwarzmeer-Kanal, Bleiminen in Baia Mare, Wasserkraftwerke, Dammbauten usw. – eingesetzt wurden. Im April 1950 wurden in der berüchtigten "Anordnung Nr. 100" *sieben* Kategorien derer, die zu inhaftieren waren, festgelegt: Verbreiter "feindlicher" Propaganda, Verleumder von Partei und Regierung, Besucher "imperialistischer" Botschaften oder Bibliotheken in Rumänien, aktive religiöse Gläubige, Gegner der Kollektivierung usw. Am 22. August 1952 wurde diese Liste um weitere *zehn* Kategorien erweitert: Mitglieder von Vorkriegsparteien, ehemalige Mitglieder rumänischer Geheimdienste, "Saboteure", "Spekulanten", "Vaterlandsverräter", "Feinde unserer Ordnung" usw. Ähnliche Zusätze erfolgten bis 1958 noch mehrmals. Man weiß heute wenigstens, wo sich die einzelnen "Kolonien" befanden, aber buchstäblich *niemand* kann sagen, wie viele Opfer in ihnen schmachteten und wie viele diese Tortur nicht überlebt haben. Die offizielle Zahl von 25.735 Inhaftierten 1950-1963 wurde von Sachkennern jedenfalls als völlig irreal angesehen.[84] Zwischen 1945 und 1958, so offizielle Angaben von 1993, seien 1.304 Personen getötet worden, die meisten als "CR" (contrarevoluţionari), und allein im November 1950 wären 40.320 Personen in 7.871 Waggons aus den Grenzregionen zu Jugoslawien in die Bărăgan-Steppe zwangsweise umgesiedelt und dort ihrem Schicksal überlassen worden. Zu solchen Zahlen bemerkte Constantin Ticu Dumitrescu, daß "sie nur

---

79 Vgl. dazu die Aussage von Mihai Jianu, in: Cuvîntul, Nr. 24, 15.-21.6.1993.

80 Roxana Iordache: Celalalt holocaust (Der andere Holocaust), in: RL 27.4.1993.

81 So der Überlebende Constantin Cesianu in seinen Erinnerungen, zit. n. AT, Nr. 4/1994, S. 282.

82 Dumitru Sandru: Metamorfozele gulagului romanesc – Centrele de internare 1944-1945 (Die Metamorphosen des rumänischen Gulag – Die Internierungszentren 1944-1945), in: AT, Nr. 1-2/1994, S. 7-21.

83 Octavian Roske, Claudiu Degeratu: Mecanisme de selecţie negativă (Mechanismen einer negativen Auslese), in: AT, Nr. 1/1993, S. 75-88.

84 Cristian Troncota: Colonia de munca (Die Arbeitskolonie), in: AT, Nr. 1/1993, S. 169-181.

dann zur Kenntnis genommen werden könnten, wenn man sie mit Hundert multiplizierte, um sie der Wahrheit anzunähern".[85] Wie recht Dumitrescu hatte, geht u.a. aus folgendem Fall hervor: Im Frühjahr 1993 wurden durch die vereinten Bemühungen rumänischer Gerichtsmediziner und *argentinischer* Anthropologen in Caciulati am Snagov-See Massengräber entdeckt. Caciulati liegt im Westen der Bărăgan-Steppe, in die 1950 die erwähnten Deportationen gingen. Die entsprechenden Dossiers sind "confuze" und "incomplete", doch bestand allgemein kein Zweifel daran, in Caciulati die sterblichen Überreste von Opfern des kommunistischen Terrors der frühen 50er Jahre gefunden zu haben.[86] Die Gemeinsamkeiten mit Massengräbern (gropile comune) im zentralrumänischen Sibiu, im nordwestlichen Maramureş-Gebiet, in Apateu und Sepreus an der Westgrenze, aber auch in Bukarest und anderswo waren zu augenfällig.[87] Andere Verbrechen der Securitate kamen eher zufällig ans Licht: So haben 1994 SRI-Chef Măgureanu und einige seiner Offiziere enthüllt, daß die Securitate 1974 24 Mitarbeiter zur "Spezialisierung" in die Sowjetunion schickte und anschließend an politischen Häftlingen in Sibiu parapsychologische Experimente vornehmen ließ, unter anderem im "Gedankenlesen".[88]

Es ist kaum anzunehmen, daß wirklich *alle* Übeltaten der jüngeren und jüngsten Vergangenheit Rumäniens je bekannt würden. Ob die Organisationen der Überlebenden hier für Aufklärung sorgten, schien fraglich. Die größte von ihnen, die AFDPR, wurde im Zusammenhang mit dem "Prozeß gegen den Kommunismus" bereits ausführlich erwähnt, und bei ihr hatte es den Anschein, als stünde ihr politischer Ehrgeiz solchen Aufgaben im Wege. Die AFDPR verstand sich offenkundig eher als aktuelle Menschenrechtsorganisation denn als Vertretung der Opfer des Kommunismus. Andererseits war eine reine Interessenvertretung ehemaliger politischer Häftlinge auch kaum möglich, wenn die damaligen Machthaber ehemalige ZK-Sekretäre o.ä. waren, wenn ehemalige "Diener der kommunistischen Propaganda" wie der Dichter Adrian Păunescu seit Jahren extremistischen Parteien vorstanden, wenn also allenthalben eine Konfrontation von Opfern des Kommunismus und "Leuten ohne Moral, Charakter, Verantwortung und Schuldgefühl" ablief. Unter solchen Umständen mußte eine Organisation wie die AFDPR geradezu den politischen Kampf *suchen*, weil die "Beschuldigung der Opfer des Kommunismus weitergeht".[89] Dasselbe galt für ähnliche Organisationen wie die "Liga zur Verteidigung der Menschenrechte" (Liga Apărarii Drepturilor Omului, LADO),[90] die "Antikommunistische Nationalallianz für Recht und Wahrheit" (Alianța Națională Anticomunistă pentru Dreptate şi Adevăr, ANADA), die im Februar 1992 in Timişoara gegründet wurde und seither Gerichtsprozesse gegen die

---

[85] Bericht, in: RL 2.2.1992.

[86] Bericht, in: RL 21.6.1993.

[87] Hinweis auf das Grab in Bukarest in: FAZ 8.9.1992; auf die anderen Gräber, in: Expres, Nr. 19, 17.-23.5. 1994.

[88] Bericht, in: Tineretul liber 30.4.1994.

[89] So Aussagen anläßlich eines "Runden Tischs" (masa rotundă), den "Radio Observator" im April 1994 sendete, vgl. das Protokoll davon, in: Cotidianul 26.4.1994.

[90] Bericht, in: RL 27.8.1992.

postkommunistischen Machthaber anstrengt,[91] die "Nationalliga der Kämpfer des Dezember" (Liga Națională a Luptatorilor din Decembrie), "Assoziation für Verteidigung der Menschenrechte Rumäniens – Helsinki-Komitee" (Asociația pentru Apărarea Drepturilor Omului din România – Comitetul Helsinki, APADOR – CH), "Studenten-Liga" (Liga Studentilor), "Vereinigung '21. Dezember'" (Asociația "21 Decembrie") usw. Alle diese und weitere Vereinigungen standen hinter dem Projekt des "Prozesses gegen den Kommunismus", für das sich auch die *rumänischen* Schwesterorganisationen in der benachbarten Republik Moldova interessierten. Diese sind in der "Konvention von Cernăuti 'Dacia Felix'" (Conventia de la Cernăuti "Dacia Felix") vereint, die folgende Gruppierungen umfaßt:

- "Rumänische Vereinigung der Opfer stalinistischer Repressionen" (Asociația Romană a Victimelor Represaliilor Staliniste);
- "Gesellschaft der Opfer stalinistischer Unterdrückung der Nord-Bukowina (Societatea Victimelor Represiunii Staliniste din nordul Bucovinei);
- "Golgota" (in Cernăuti);
- "Vereinigung der Opfer totalitärer Regime in der Moldova" (Asociația Victimelor Regimurilor Totalitare din Moldova /in Chişinău/).

Die moldovischen Organisationen erkannten besser als ihre rumänischen Pendants "zahlreiche Schwierigkeiten der prozeduralen Art" bei dem Prozeß-Vorhaben – nicht nur in der Tatsache begründet, daß ihre Mitglieder fremde Staatsangehörige waren –, was auf rumänischer Seite nicht ohne Resonanz blieb: Bereits Anfang 1992 fragte man sich, ob man überhaupt einen Prozeß in einer solchen Sache führen könne, wenn Prozeß *und* Gegenstand weit über ein Land hinausgriffen. In einer gemeinsamen Tagung mit "Charta '77" und der "Soros-Gesellschaft" wollte man die Frage im März 1992 in Salzburg klären.[92]

Bei allen erwähnten Organisationen war erstaunlich wenig davon die Rede, ob und wie sie für die *sozialen* Belange ehemaliger politischer Häftlinge eintraten. Bei denen, die von kommunistischen Enteignungen und Nationalisierungen betroffen waren,[93] vor allem aber von der Zwangskollektivierung der rumänischen Landwirtschaft in den frühen 50er Jahren,[94] kümmerte sich die "Nationalliga der Enteigneten Rumäniens" (Liga Națională a Expropriatilor din România) um die Wiedergutmachung. Die Liga unterhält in allen Regionen des Landes "Filialen" und gibt die Zeitung "Casa noastră" (Unser Haus) heraus. Sie bemüht sich darum, daß die schätzungsweise über drei Millionen Geschädigten ihr volles Recht erhalten, wo doch in Rumänien der Grundsatz *Entschädigung vor Rückgabe* gilt (und die Entschädigungen sehr bescheiden sind). Es geht im einzelnen um die Folgen von Gesetzen,

---

91 Bericht, in: Dreptatea 6.3.1992.

92 Dora Mezdrea: Procesul comunismului nu trebuie sa fie o mascarada (Der Prozeß gegen den Kommunismus darf keine Maskerade sein), in: Cotidianul 6.3.1992.

93 Detailliert dazu Ion Bucur: Nationalizarile din România 1944-1953 (Die Nationalisierungen in Rumänien 1944-1953), in: AT, Nr. 1-2/1994, S. 313-321.

94 Octavian Roske: Colectivizarea agriculturii – Tipologia represiunii (Die Kollektivierung der Landwirtschaft – Typologie der Repression), in: AT, Nr. 4/1994, S. 132-152.

die von der Zwangskollektivierung nach 1952 bis zu Ceauşescus "Bulldozer-Politik" der "Dorf-Systematisierung" nach 1980 reichen. Auf den Liga-Kongressen fielen sehr kritische Worte zu den Verbrechen des Kommunismus und den Unterlassungen des "Neokommunismus", also gegen Iliescu und seine Politik, aber grundsätzlich ging es der Liga um konkrete Eigentums- und Finanzforderungen ihrer Mitglieder, für die sie im Sinne einer vollgültigen Wiedergutmachung eintrat.[95] Das war schwer genug, denn die Rechtslage war höchst verworren: Anfang 1993 entschied das Verfassungsgericht, daß die Enteignungen der Ceauşescu-Zeit verfassungswidrig seien und die betroffenen Häuser ihren früheren Eigentümern zurückgegeben werden müßten (selbst wenn für die Immobilien bereits eine Entschädigung bezahlt wurde), daß grundsätzlich aber "Enteignungen zugunsten des allgemeinen Nutzens" legal seien.[96] Ganz allgemein war es so, daß der rumänische Gesetzgeber eine mehr oder minder deutliche Abneigung gegen die Rückgabe von Staatsbesitz hatte. Daran scheiterte bereits das "Bodengesetz" von 1991, das die Staatsgüter von der Privatisierung ausnahm und früheren Eigentümern schlechteres Land zur Nutzung überließ. Das Gesetz wurde von der Opposition abgelehnt.[97] 1994 trat die Opposition gar in einen Parlamentsstreik, weil die Regierung in einem "Entschädigungsgesetz" die Rückgabe enteigneter Immobilien ausdrücklich ausschloß und dabei anderslautende Gerichtsentscheidungen ignorierte.[98] Ende Mai 1995 wurde das Gesetz endgültig verabschiedet. Alteigentümer bekommen danach ihre Häuser nur dann zurück, wenn sie schon in diesen wohnen – andere werden entschädigt, wobei die Summe nicht höher als das rumänische Durchschnittseinkommen der vergangenen zwanzig Jahre, also maximal umgerechnet 28.000 DM, sein darf.[99]

3.5 Zugang zu Archiven und Geheimdossiers

1859 entstand die Antizipation des modernen Rumänien – durch die Vereinigung der "Donau-Fürstentümer" Walachei (Oltenien) und Moldau, die beide seit etwa 1831 eigene Archive führten. In der Moldau war das Justizministerium für das Archivwesen zuständig, in der Walachei das Innenministerium. Bei allen späteren rumänischen Staatsformen blieb man bei der alten walachischen Praxis, staatliche Archive dem Innenministerium zu unterstellen. Nach der Revolution von 1989 wurde Generalmajor Ion Munteanu Generaldirektor der "Staatsarchive" – ein 1964 in Cluj diplomierter Historiker, der später im Innenministerium tätig war, bis er 1984 wegen heftiger Kritik an der Staatsführung zu 12 Jahren Haft verurteilt wurde (die er bis zum Dezember 1989 auch verbüßte). Nach der Revolution wurden die Staatsarchive jedem Interessenten geöffnet, was aber insoweit bedeutungslos war, als die

---

95 Virgil Lazar: Congresul național al expropriatilor – Un veritabil proces al comunismului (Der Nationalkongreß der Enteigneten – ein echter Prozeß gegen den Kommunismus), in: RL 20.2.1991.

96 Meldung, in: RL 2.2.1993.

97 Umstrittenes Bodengesetz in Rumänien, in: Neue Zürcher Zeitung 7.3.1991.

98 Keno Verseck: Rumänien: Ende der Debatte, in: taz 21.6.1994.

99 Meldung, in: FAZ 24.5.1995.

wichtigsten Archive – der PCR, des Innenministeriums und der Securitate – *nicht* zum Bestand der Staatsarchive gehörten.[100]

Im November 1991 wurde mit dem erst 35jährigen Historiker Prof. Dr. Ioan Scurtu ein neuer Direktor der Staatsarchive ernannt, der damit ein schweres Amt übernahm: "Archivar" ist in Rumänien kein Ausbildungsberuf, die Archive sind größtenteils in unzureichenden Räumlichkeiten untergebracht, die meisten Archive wurden vom Ceauşescu-Regime zwecks Schaffung eines "historischen Spezialarchivs" beim ZK der PCR ausgeplündert. Gleichzeitig sind die Anforderungen an die Archive enorm gewachsen: Dokumente werden gesucht, mit denen früherer Land- und Hausbesitz nachgewiesen werden kann, Strafprozesse gegen Mitarbeiter des alten Regimes sind dokumentarisch vorzubereiten usw.[101]

Scurtu ist seit 1956, als Dozent Vasile Baciu von Militärs abgelöst wurde, der erste "zivile" Archivdirektor. Seine erste Amtshandlung bestand denn auch in der "Demilitarisierung der Institution", d.h., er entließ die zur "Bewachung" abgestellten Polizisten. Zudem schaffte es Scurtu, das Archivwesen als Studienfach bei der Journalistik unterzubringen – mit gerade 25 Studenten ab September 1992.

Insgesamt umfassen die Staatsarchive rund 1,2 Milliarden Dokumente, die von 650 Mitarbeitern – in der Bukarester Zentrale und in Filialen in allen Bezirken – betreut werden. Dennoch weist der Bestand Lücken auf: PCR- und Securitate-Archive sind teils im Dezember 1989 "verschwunden", teils "herrenlos" (und mußten erst in langen Verhandlungen von anderen Ministerien zurückgeholt werden), teils erneut mit Sperrfristen von 30 bis 60 Jahren belegt.[102]

1993 hat Scurtu in der INST-Zeitschrift "Arhivele Totalitarismului" einen kurzen Aufsatz über die neue Rolle der Archive in Rumänien publiziert.[103] Der Zugang zu den Archiven, so Scurtu in seinem Aufsatz, sei "absolut unverzichtbar", und einen "Spezialfonds" wie zur Ceauşescu-Zeit, dessen Dokumente selbst Spezialisten unbekannt blieben, dürfe es nicht mehr geben. Zudem hätte das Staatsarchiv samt Nebenstellen nach dem Dezember 1989 "in einer Blitzaktion" (in regim de urgenţa) die Archive der Regionalkomitees der PCR übernommen, die nun auch der Forschung offenstünden – sofern Dokumente, entsprechend internationalen Gepflogenheiten, nicht einer dreißigjährigen Sperrfrist unterlägen. Was die Zentralarchive des ZK der PCR und des früheren Innenministeriums beträfe, so habe das Staatsarchiv in der ersten Jahreshälfte 1992 mit dem Verteidigungsministerium und dem (Securitate-Nachfolger) "Rumänischen Informationsdienst" (SRI) vereinbart, daß sie dem Staatsarchiv überlassen würden. So sei es 1993 auch geschehen – wie nicht zuletzt zahlreiche Aufsätze in der INST-Zeitschrift "Arhivele Totalitarismului" beweisen, die vielfach aus einer betont kurzen Einführung in umfangreiche Dokumente zu ausgewählten Themen bestehen. Schließlich habe

---

[100] Ion Munteanu (Interview): Memoria documentelor (Gedächtnis der Dokumente), in: Adevărul 20.3.1990.

[101] Ion Butnaru: Salvaţi arhivele Statului (Rettet die Staatsarchive), in: Libertatea 11./12.3.1992.

[102] Mihail Galatanu: Ce se va intimpla cu arhivele securităţii şi ale PCR (Was mit den Securitate- und PCR-Archiven geschehen wird), in: Flacără, Nr. 11, 18.-24.3.1992.

[103] Ioan Scurtu: Arhivele şi studiul totalitarismului in România (Die Archive und die Totalitarismus-Forschung in Rumänien), in: AT, Nr. 1/1993, S. 73-74.

das Staatsarchiv im April 1992 noch mit dem "Staatskomitee für Archive der Russischen Förderation" vereinbart, daß aus Moskau historische Dokumente, die Rumänien und die PCR beträfen, nach Bukarest überstellt würden. An anderer Stelle hat sich Scurtu beinahe begeistert über Art und Umfang der Kooperation mit russischen Archiven geäußert – die dort wiedergefundenen Dokumente "sind von meinem Standpunkt aus, dem eines Historikers, wichtiger als der Staatsschatz", den die Russen seit 1917 zurückhalten.[104]

So weit, so gut – zumal an den ehrenwerten Absichten von Fachleuten wie Scurtu kein Zweifel besteht. Aber der rumänische Alltag sah, Dokumente und Archive betreffend, leider anders aus. Als 1991 noch die Vorbereitung des "Prozesses gegen den Kommunismus" betrieben wurde, rief die zuständige Arbeitsgruppe die Archivchefs der einzelnen Ministerien auf, relevante Dokumente zur Verfügung zu stellen, aber "rezultatele au fost minime" (die Ergebnisse waren minimal). Folglich blieb der Ankläger ohne wichtige Dokumente, z.B. jene, die über Zahl und Schicksal von politischen Häftlingen am Donau-Schwarzmeer-Kanal Auskunft gegeben hätten. Als Erklärung wurde angegeben, daß die wichtigen Archive nach 1989 an verschiedene Ministerien vergeben wurden, und die Ministerien wüßten nicht, welche Akten mit welchem Inhalt sie übernommen hätten. Daraufhin bot die Arbeitsgruppe an, kleine Teams von Fachleuten in die Ministerien zu entsenden, die dort die Sichtung und Auswahl für den Prozeß vornehmen könnten. Immerhin erfuhr die Arbeitsgruppe, wie schematisch die Regierung Personendossiers verteilt hatte: Die Akten von nichtverurteilten Personen blieben bei der Generalstaatsanwaltschaft, die von Verurteilten beim Justizministerium und "Dossiers von Interesse für die nationale Sicherheit" blieben beim SRI – selbst die "Gefängnisverwaltung" hat ganze Aktenbündel bekommen, darunter die zum Thema "Kanal". Zudem waren zahlreiche Dossiers bereits 1973 auf Anordnung des PCR-Spitzenfunktionärs Emil Bobu vernichtet worden, nämlich 100.000 Dokumente zu PCR-Mitgliedern, die in irgendeiner Form mit der Securitate kollaborierten, sowie 130.000 andere Personenakten; weiterhin war damals ein Teil des Securitate-Archivs dem ZK der PCR überstellt worden. Soweit die Akten noch vorhanden waren, befanden sie sich in einem solchen archivalischen Chaos, daß man entweder von Personen auf Ereignisse oder von Ereignissen auf involvierte Personen schließen mußte.[105] Und mehrere LKW-Ladungen mit Akten dürften völlig verschwunden sein: Wie sich der ehemalige Armee-Offizier Ilie Stoleru 1992 erinnerte, mußte er nach der Revolution mehrere LKWs mit Akten transportieren, bis ihm die Fahrzeuge am 26. Dezember 1989 von unbekannten "Zivilisten" abgenommen wurden. Seither fehlen die Akten, und man kann nur rätseln, was es für Akten waren, welche "Zivilisten" hier aktiv wurden, ob sie überhaupt *Rumänen* waren usw.[106]

Bereits 1991/92 war nicht mehr auszumachen, wer welche Dokumente besitzt, und die Beschuldigungen gingen zwischen Justiz-, Innen- und Verteidigungsministerium, zwischen Staatsanwaltschaft und Prozeß-Arbeitsgruppe hin und her. Da kam im Mai 1992 das Innenministerium mit der überraschenden Erklärung heraus, daß es überhaupt keine prozeßrele-

---

104 Vgl. das Interview mit Scurtu, in: RL 29.6.1993.

105 Mezdrea, Procesul comunismului nu trebuie..., a.a.O.

106 Bericht, in: Expres, Nr. 34, 25.-31.8.1992.

vanten Dossiers besäße, weil es im Zuge seiner Reorganisierung nach dem Dezember 1989 sein gesamtes Archiv an den SRI übergeben habe. Dieser wiederum behauptete, daß er "entsprechend einem Regierungsbeschluß" das Gros der Akten an "Organe der Justiz und der Staatsanwaltschaft" übergeben habe.[107]

All das war keine Komödie, sondern ein weiterer Schritt der alten Securitate, sich möglichst ohne alle Verluste an Substanz, Personal und Einfluß unter den neuen Verhältnissen zu etablieren. Nach der Revolution wurde die Securitate am 3. Januar 1990 nominell aufgelöst, tatsächlich aber en bloc von der Armee übernommen. Wenn sich Károly Király, prominenter Ceauşescu-Gegner, richtig an die ersten Januar-Tage 1990 erinnerte, war das ein Schachzug Iliescus. 1993 erklärte Király der "România liberă": "Damals, als die meisten die Auflösung der Securitate forderten, konnte ich Herrn Iliescu nicht überzeugen, sich in diesem Sinne zu entscheiden. Er argumentierte, daß davon 80.000 Personen betroffen wären, die dadurch automatisch zu Feinden würden".[108] Am 26. März 1990 entstand der SRI, der angeblich nur 2.896 der ehedem 15.200 Securitate-Mitarbeiter übernahm. In Wirklichkeit bestand zwischen beiden Diensten eine nahezu ungebrochene Kontinuität, wie Aktenfunde bei dem Dorf Berevoieşti (Argeş) im März 1991 bewiesen: Es handelte sich um Tonnen von Dossiers, die von der alten Securitate angelegt und vom neuen SRI fortgeführt worden waren. Das alles wurde von der regimekritischen Presse ausgebreitet, die auch berichtete, daß Ceauşescus Securitate insgesamt über eine Million Mitarbeiter hatte, die nicht 135.000 (wie offiziell angegeben), sondern exakt 1.267.384 Personendossiers geführt hatte, vor allem zusammengetragen von 420.000 geheimen Mitarbeitern.[109] Bei der Revolution 1989 wurden 26.000, nach anderen Quellen 36.354 Dossiers vernichtet, in jedem Falle aber die, welche die Securitate selber hätten diskreditieren können. Zeugen haben noch Monate nach der Revolution beobachtet, wie alte "Secus" ganz ungeniert Akten verbrannten,[110] und seit Jahren ist es in Rumänien ein offenes Geheimnis, daß die Securitate früher Dossiers fälschte und später unter anderem Firmennamen damit fortfuhr. Als bester Kenner der "Szene" gilt Petre Mihai Bacănu, Chefredakteur von "România liberă". Offiziell arbeiten in Rumänien *sechs* Geheimdienste: SRI, Auslandsspionage, Abwehrdienst der Armee, Forschungsdienst der Armee, Schutzdienst des Innenministeriums und Schutz- und Bewachungsdienst für Spitzenpolitiker. Laut offiziellen Angaben sind in allen Diensten zusammen 10.000 Mitarbeiter tätig, in Wirklichkeit dürften es 100.000 sein, zu 80 Prozent von der alten Securitate übernommen (laut Bacănu).[111] Der von Virgil Magureanu, früher Dozent für Marxismus-Leninismus an der PCR-Hochschule, effizient geleitete SRI hatte gewisse interne Gra-

---

[107] Cine blocheaza procesul..., a.a.O.

[108] Bericht, in: RL 26.6.1993.

[109] Wolf Oschlies: Rumäniens Staatssicherheitsdienst – Alle Akten sind noch da, in: Rheinischer Merkur 31.7. 1992.

[110] Vgl. Iosif Costinas et al.: Dosarele de la Securitate (Die Dossiers der Securitate), in: Timişoara, Nr. 6, 12.6. 1990.

[111] Henriette Schröder: Ceausescus politische Hinterlassenschaft, in: Süddeutsche Zeitung 5.1.1994.

benkämpfe zu überstehen,[112] bemühte sich aber, öffentlicher Kritik und allgemeinem Mißtrauen mit geschickten Manövern zu begegnen. Beispielsweise wurde früh bekannt, daß in der Revolution in ganz Rumänien 1.033 Personen von "Terroristen" (also vermutlich Securitate-Leuten) getötet und 2.198 verwundet wurden.[113] Deswegen hatten schon Anfang Januar 1990 Militär- und Sondergerichte ihre Arbeit aufgenommen, um ehemalige "Secus" zu verurteilen.[114] Im März 1990 begann in Timişoara ein Großprozeß gegen 21 Securitate-Offiziere, die für Gewalttaten im Zuge der Revolution verantwortlich gemacht wurden.[115] Aber das war ein "Bauernopfer" des SRI, genauso wie im Sommer 1991 der Prozeß gegen General Iulian Vlad, früher Chef der (am 30. Dezember 1989 aufgelösten) "Staatssicherheit" (als Abteilung der Securitate), der wegen "Genozids" zu neun Jahren Haft verurteilt[116] bereits am 30. Dezember 1993 indessen wieder freigelassen wurde.[117] Die breite Öffentlichkeit wollte der SRI durch seine "Weißbücher" gewinnen, in denen frühere Verfolgungen durch das Ceauşescu-Regime dokumentiert werden.[118] Solche "Spielchen" konnte sich der Dienst unbesorgt leisten, seitdem im Januar 1992 *gesetzlich* verfügt wurde, daß die alten Securitate-Akten *vierzig* Jahre unter Verschluß bleiben (und der SRI damit vor jeder Kritik sicher sein kann).[119] Die Öffentlichkeit hatte im Grunde resigniert,[120] der SRI triumphiert in geradezu provokativer Weise: Als Virgil Magureanu zum SRI-Chef ernannt wurde, *schwor* er, nie Mitglied der Securitate gewesen zu sein – im Januar 1996 veröffentlichte er sein eigenes Dossier, aus dem hervorging, daß er bereits 1963/64 "Agentenführer" in Timişoara gewesen war.[121]

Die Allmacht des SRI war eine Tatsache – wenn er wollte, konnte er sogar Regierungserlasse ignorieren und weiter nach Vorschriften aus der Ceauşescu-Zeit arbeiten.[122] Und der SRI war auch nicht zu kontrollieren. 1993 mahnte der damalige britische Außenminister, Sir Douglas Hurd, in einer Rede vor beiden Kammern des rumänischen Parlaments eine parlamentarische Kontrolle über den SRI an – eine Forderung, deren Berechtigung von der liberalen Presse so kommentiert wurde:

> Es kann keine wirkliche Demokratie geben, wenn Nachrichtendienste eine Partisanenpolitik betreiben und außerhalb der Gesetze tätig sind. Seit über drei Jahren funktioniert der SRI als eine von allen Struk-

---

[112] Ion Cristoiu: Razboiul din SRI (Der Krieg des SRI), in: Evenimentul zilei 25.3.1994.

[113] Bericht, in: Dimineata 10.6.1990.

[114] Berichte, in: Die Welt 9.1.1990; FAZ 9.1.1990.

[115] Viktor Meier: Verlangen nach Abrechnung mit der Securitate, in: FAZ 3.3.1990.

[116] Jean Baptist Naudet: Killers protected by pride and shame, in: The Guardian 2.8.1991.

[117] Bericht, in: Le Monde 6.1.1994.

[118] Joseph Croitoru: Die Verfolger als Historiker, in: FAZ 19.10.1995.

[119] Boris Kalnoky: Wie Bukarest dem Kommunismus den Prozeß machen will, in: Die Welt 5.5.1992.

[120] Annemarie Schuller: "Wofür sind wir damals auf die Straße gegangen?", in: Süddeutsche Zeitung 10.1. 1992.

[121] Berichte, in: Le Monde 6.1.1996; TAZ 15.1.1996.

[122] Henriette Schröder: In den Fängen der Hydra – Die unheimliche Macht der Securitate-Nachfolger, in: SZ 29.11.1995.

> turen des Rechtsstaats unabhängige Institution. (...) bis heute hat der SRI keinen vollständigen Bericht über seine Aktivitäten vorgelegt.[123]

Dreieinhalb Jahre ließ sich die rumänische Führung Zeit, um eine Kontrolle des Geheimdienstes zu installieren – lustlos, ohne Konzept und im Grunde nur, um "einem Lebensprinzip jeder demokratischen Gesellschaft" äußerlich zu genügen.[124] 1994 entstand dann die "Gemeinsame ständige Kommission der Deputiertenkammer und des Senats für die Ausübung der parlamentarischen Kontrolle über die Aktivitäten des Rumänischen Informationsdienstes", die von dem Iliescu-Vertrauten Senator Vasile Vacăru geleitet wurde und ihre Hauptaufgabe darin zu sehen schien, den SRI gegen Presseangriffe zu verteidigen.[125] Bereits 1992 bemühte sich das Parlament vergeblich, durch Prüfung der eigenen Dossiers wenigstens eine "Reinigung des Führungsorgans" zu erreichen – nachdem bekanntgeworden war, daß die frühere Securitate über 700.000 Informanten in Rumänien verfügt hatte. Für diese Prüfung gab es sogar einen "Beschluß", der aber eine Farce blieb, weil die entsprechenden Archive dem SRI unterstanden und von ihm ohne parlamentarische Kontrolle nach Belieben verwendet wurden.[126] 1994 regte Senator und AFDPR-Vorsitzender Dumitrescu an, die Regierung per Gesetz zu verpflichten, die Namen *aller* Securitate-Informanten der Jahre 1945-1989 zu veröffentlichen. Im November 1993 hatte Dumitrescu mit einem ähnlichen Antrag einen wahren "Schock" im Parlament ausgelöst,[127] 1994 wurde seine neue Initiative von der Mehrheit der Parlamentarier unterstützt – wobei schon damals unverkennbar war, daß diese Unterstützung von vielen nur darum gegeben wurde, weil sie sich von vornherein über die Aussichtslosigkeit des ganzen Projekts im klaren waren.[128]

3.6 Neokommunistische Parteien

Als 1990 die FSN ihren "Bann" gegen die PCR umgehend wieder aufhob, versuchten einige ehemalige ZK-Mitglieder, die Reste der PCR zur "Sozialistischen Partei der Arbeit" (Partidul Socialist al Muncii, PSM) zu vereinen. Das brachte Ende 1991 eine weitere Gruppe ehemaliger PCR-Spitzenfunktionäre auf den Plan, die mittels eines "Komitees zur Reorganisation der PCR" eine Wiederbelebung der alten PCR betrieben – jetzt als pluralistische, demokratische, nationale Partei, mit Anleihen bei früherer jugoslawischer Arbeiterselbstverwaltung und völlig nebulös in ihrem Wirtschaftsprogramm ("die PCR tritt für eine sozialistische Konkurrenzwirtschaft unter Kontrolle einer professionellen Planung ein"). So stand es in dem im November 1991 plötzlich wieder erhältlichen PCR-Blatt "Scînteia" (Funke), das bald wieder einging, im Januar 1993 erneut erschien usw. In Rumänien nahm das kaum jemand zur Kenntnis, und wenig mehr als Kurzmeldungen war im

---

123 Andrei Badin: O comisie mixta: securişti, comunişti, inocenţi (Eine gemischte Kommission: Securisten, Kommunisten, Unschuldige), in: RL 10.6.1993.

124 Vgl. die Umfrage unter Parlamentariern, in: Tineretul liber 20.5.1993.

125 Vgl. Vacarus Bericht, in: RL 10.3.1994.

126 Daniel Cocoru: Parlamentarii despr dosarele Securitatii (Parlamentarier über die Securitate-Dossiers), in: RL 15.5.1992.

127 Bericht, in: Tineretul liber 10.11.1993.

128 Bericht, in: Azi 14.1.1994.

Mai 1994 die Tatsache wert, daß von den Justizbehörden erneut eine Partei unter dem Namen PCR zugelassen worden war.[129] Bedeutung hatte das alles nicht: Hinter dem Versuch standen jene in Rumänien belächelten "Kommunismus-Nostalgiker" (nostalgici ai comunismului), die sich am 26. jedes Monats am Grabe Ceauşescus – der am 25. oder 26. Dezember 1989 hingerichtet wurde – versammeln, um hier gegen die "Privatisierung von Betrieben, die mit unserem Blut und Schweiß erbaut wurden", zu protestieren, und ähnliche Narreteien mehr.[130] Im Grunde wird das Treiben dieser Menschen wie ein Happening voll unfreiwilliger Komik aufgefaßt – etwa als sich die "tovarăşi" (Genossen) am 1. Mai 1997 vor Ceauşescus monströsem "Casa a poporului" (Haus des Volkes) versammelten, um, diszipliniert nach Blöcken angetreten, zum Bukarester Stadtzentrum zu marschieren, Losungen und "Revolutionslieder" auf den Lippen, rote Fahnen in den Händen – alles wie "în vremurile bune" (in guten Zeiten).[131]

Ernster zu nehmen war in jedem Fall die PSM,[132] die am 16. November 1990 erstmals an die Öffentlichkeit trat. Ihre Vorläuferin war die "Demokratische Partei der Arbeit" (Partidul Democrat al Muncii), die bei den Wahlen vom 20. Mai 1990 weniger als ein halbes Prozent Stimmen bekommen hatte und im November 1990 im Klubhaus der Fabrik "23. August" einen Parteitag abhielt. Bei dieser Gelegenheit gelang es ehemaligen PCR-Fuktionären um den Ex-Premier Ilie Verdeţ, die Partei zu okkupieren und ihr den neuen Namen PSM zu geben. Oppositionspolitiker forderten ihr Verbot, weil sie die PSM als Beleidigung der "Opfer der Revolution vom Dezember" ansahen. Dieses Verbot erfolgte nicht, die offizielle Zulassung der PSM jedoch auch nicht. Erst am 23. Januar 1992 wurde diese vom Stadtgericht Bukarest ausgesprochen, was der PSM erlaubte, im Rahmen einer "Demokratischen Links-Union" (Uniune Stîngii Democrate) an den Kommunalwahlen vom Februar teilzunehmen – ohne jeden Erfolg. Immerhin wurden die personellen Konturen der PSM deutlich: Ex-Kommunisten, die schlichtweg "den Start im politischen und wirtschaftlichen Wettstreit verpaßt" hatten, den Iliescu und seine Gruppe sozusagen "fliegend" begannen. Aber es formierte sich gleichzeitig auch wegen der Beseitigung Ceauşescus, der Betriebsschließungen und der Preiserhöhungen die potentielle Klientel der PSM – Frustrierte, entlassene Militärs und PCR-Funktionäre und ähnliche Gruppen mehr. Ihnen bot sich die PSM mit einem Programm an, das einerseits Pluralismus der Meinungen und Eigentumsformen akzeptierte, andererseits gegen "die Errichtung eines kapitalistischen Wirtschaftstyps wie vor 1938" auftrat und das alles als "authentische linke Politik" einer "modernen sozialistischen Partei" ausgab.

Anfänglich hatte die PSM nur in dem Iliescu-Abtrünnigen S. Şomicu einen "Repräsentanten" im Parlament (der offiziell als "Unabhängiger" auftrat). Das änderte sich bei den Wahlen vom September 1992, als sie 3,19% (fünf Sitze) im Senat und 3,4% (14 Sitze) in der Deputierten-

---

[129] Meldung, in: FAZ 6.5.1994.

[130] Bericht, in: Evenimentul zilei 29.3.1993.

[131] Bild und Bericht, in: RL 3.5.1997

[132] Dazu und zum folgenden Gabriel Ivan: Comuniştii după comunism (Postkommunistische Kommunisten), in: Sfera politicii, Nr. 16/1994.

kammer gewann. Nach eigenen Einschätzungen konnte die PSM mit 14-15% rechnen, unabhängige Meinungsforscher trauten ihr immerhin 4-7% zu, wobei sie in ihren Hochburgen, den "in jüngerer Zeit industrialisierten Bezirken", deutlich darüber liegen könnte.

Die von Ilie Verdeţ und Tudor Mohora geführte, strikt gegen die USA und die NATO agitierende PSM hatte nach eigenen Angaben Anfang 1994 250.000 Mitglieder. Diese Zahl war enorm übertrieben, denn im Sommer 1993 "hoffte" sie noch, bis Jahresende die Zahl von 100.000 zu erreichen.[133] Wie dem auch immer sein mochte – gerade unter numerischem Aspekt war die PSM interessant: In Rumänien, so die Annahme der Analytiker, machte die Gruppe der unentschlossenen Wähler circa 30% aus, und von denen könnten, eine weitere Verschlechterung der Verhältnisse vorausgesetzt, nicht wenige bei der PSM landen. Wie viele es wären, würde man erst *nach* den Wahlen erfahren, denn davor fehlte den Betroffenen der "Mut", sich gerade zu dieser Partei zu bekennen. Als mögliche "Protestpartei" könnte die PSM noch für manche unangenehme Überraschung gut sein.

4. Nachdenken über den mentalen Zustand der rumänischen Nation

"Mamaliga nu exploda" (Maisbrei explodiert nicht) – mit diesem ironischen Sprichwort beschreiben die Rumänen ihre schier unbegrenzte Duldsamkeit und Leidensfähigkeit. Ceauşescu, der um 1968 (vermutlich) auch eine freie Wahl in Rumänien gewonnen hätte, entpuppte sich bald darauf als ein paranoider Diktator, in dessen Imperium selbst harmlose Hobbies wie Numismatik als Vergehen am Staatseigentum angesehen wurden, wo sogar Schreibmaschinen polizeilich registriert werden mußten, da sie zur Verbreitung verdächtiger Texte genutzt werden konnten. Um die (relativ geringen) Auslandsschulden Rumäniens zurückzuzahlen, zwang der Diktator sein ganzes Volk zu hungern und zu frieren – um die rumänische Nation numerisch auszuweiten, waren Schwangerschaftsunterbrechungen ein strafwürdiges Vergehen. Alles und alle wurden von der Securitate überwacht. Unter diesen Umständen fand sich in Rumänien buchstäblich *nichts* von dem, was es in anderen osteuropäischen Ländern gab – keine Pendants von "Charta '77", "Solidarność", "Dissidenten", "Grünen", "Samizdat" (und was sonst noch für die regimekritische "Szene" typisch war). Es gab ein paar Bezeugungen von Widerstand – antikommunistische Kampfgruppen nach 1945, Revolten gegen die Kollektivierung in den 50er Jahren, Studentenunruhen im Gefolge des ungarischen Volksaufstands 1956, das Wirken des Schriftstellers Paul Goma (der u.a. über seine Haftjahre im "Gulag" schrieb), den Bergarbeiterstreik von 1977, die Hungerrevolte in Braşov am 15. November 1987 u.a.m.[134] –, was aber alles keine größere Rolle spielte. Rumänischer "Widerstand" war die heimliche Verweigerung, das Witzeln über den "geliebten Führer" oder die leise Aktivität des Bukarester Fotografen Paul

---

[133] Meldung, in: RL 24.7.1993.

[134] Vgl. den ausführlichen bibliographischen Überblick von Marilena Apostolescu et al.: Rezistenta anticomunista in Romania (Antikommunistischer Widerstand in Rumänien), in: AT, Nr. 4/1994, S. 244-266, Nr. 1/1995, S. 250-287, Nr. 2/1995, S. 202-221; weiterhin Mariana Hausleitner: Politischer Widerstand in Rumänien vor 1989, in: Halbjahresschrift Oktober 1996, S. 67-79.

Filip, der seit 1977 in rund 9.000 Fotos festhielt, wie Ceauşescus Gigantomanie die Hauptstadt Bukarest in immer rascherem Tempo demolierte.[135]

Was man jahrzehntelang versäumte, wollte man nach dem Dezember 1989 nachholen – in überkompensierendem Eifer, mit teilweise blinder Wut.[136] Dieser Umstand erklärt viele der Ereignisse und Zusammenstöße im postkommunistischen Rumänien, wie er auch die Reaktion der Machthaber verstehen läßt: Wie Ceauşescu sicher sein konnte, daß sein Volk jede seiner Maßnahmen widerspruchslos hinnehmen würde, so schien Iliescu stets davon auszugehen, daß alle Kritik in Presse, Parteien und Parlament an seiner Politik letztlich an dieser nichts ändern wird. Wer in Rumänien die Macht einmal hat, der hat sie zwar nicht für immer (wie das Ende Ceauşescus zeigte), aber doch für lange Zeit, und *wie* lange diese Zeit sein wird, hängt davon ab, wie geschickt allgemeine Freiräume und persönliche Machtsicherung in eine Verbindung gebracht werden.

In Rumänien hatte es seit 1989 unendlich viele Veränderungen, aber keinen grundlegenden Wandel gegeben – Personen, Strukturen und vor allem Mentalitäten waren noch unverkennbar den alten Verhältnissen verpflichtet. So sagten es die zahlreichen Kritiker der neuen Verhältnisse in Rumänien, die damit natürlich recht hatten, wenn sie auch einiges übersahen. Es hat in Rumänien einige tiefgreifende Veränderungen gegeben, die vielleicht nicht ad hoc wirksam wurden, keinesfalls aber ohne Bedeutung waren:

1. *Macht* ist bekanntlich immer die *Angst der anderen*, und im postkommunistischen Rumänien ist die Angst (frică) als allgemeine Erscheinung und als konstitutives Element der Herrschaftstechnik einfach verschwunden. Solange Angst verspürt wird, weitet sie sich aus und akkumuliert sich – ist die Angst einmal abgelegt, wird die Erinnerung zum Maßstab des erlebten Bösen (und zum Maßstab notwendiger "purificarii colective"). Wenn niemand mehr Angst hat, wird auch die Essenz der politischen Macht eine andere: Ceauşescu und Iliescu mochten in ihrer Machtausübung gelegentlich gleich zynisch erscheinen, aber nur ersterer konnte sich darauf verlassen, daß 22 Millionen Rumänen in Angst und "Dummheit" (prostia) verharrten, der zweite konnte es nicht mehr.[137]
2. Die Angst verschwand mit dem Zwang der kollektiven Anpassung an Theorien, Formationen, Phrasen und Rituale eines totalitären Dogmatismus. Eine kollektive Schizophrenie war überstanden, das Recht auf individuelle Identität zurückgewonnen, die Aufgabe erkannt, fortan auf neue Art denken, handeln und kommunizieren zu müssen. Mit den alten Zwängen schwanden auch die alte Ordnung, die alte Disziplin (wie manipuliert und pervertiert diese auch immer waren). Organisatorische und mentale Hohlräume entstanden, in die nun partikulare Organisationsformen, Konzeptionen, Informationen usw.

---

[135] Vera Maria Neagu: "Fără milă" – impotriva stergerii creierelor ("Ohne Mitleid" – gegen das Auslöschen der Gehirne), in: RL 13.11.1993.

[136] Andrei Plesu: Vier Etappen des Scheiterns, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 30.8.1996.

[137] Ilies Badescu: Frică şi comunismul. Contribuţii asupra Revoluţiei din Decembrie (Die Angst und der Kommunismus. Beiträge zur Revolution vom Dezember), in: Sociologie Românească (SR), Nr. 1-2/1990, S. 31-48.

einströmten, die in aller Regel auf chaotische Weise miteinander stritten. Der Effekt waren Desorganisierung, Destabilisierung, Heuchelei, Devianz, Opportunismus und die Gefahr einer neuen Diktatur – alles Erscheinungen, die wie früher der Kommunismus nichts mit einer zukunftsweisenden Bewußtwerdung der Menschen zu tun hatten. Mit anderen Worten: Das Hauptmanko des postkommunistischen Rumänien lag darin, daß die "Seele der Revolution die rumänische Jugend" war, daß aber andere ihre Nutznießer wurden, womit der "Konflikt zwischen den neuen Werten der authentischen Demokratie und unserer alten Mentalität" zuungunsten ersterer entschieden war.[138]

3. Rumänien ist seit seiner Revolution kein isoliertes, abgeschlossenes Land mehr. Es steht der Welt offen, die Welt wendet sich Rumänien zu, und je konkreter diese Zuwendung wird – Kredite, Wiederaufbauhilfen –, desto nachdrücklicher werden internationale Forderungen hinsichtlich Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechten usw., deren Erfüllung kontrolliert und an die Vergabe weiterer Hilfen geknüpft wird. Dabei kam es oft genug zu Widersprüchen: Wenn westliche Experten vom rumänischen Volk "Opfer" verlangten, dann fragten Rumänen zurück, was sie wohl in den letzten Jahren Ceauşescus gebracht hätten, als sie es in eiskalten Unterkünften ohne Nahrung aushalten mußten. Ausländische Experten dachten an eine bessere *Zukunft* Rumäniens, die Rumänen selber wollten eine bessere *Gegenwart*, und dieser scheinbare Zeitunterschied war in Wahrheit eine skeptische Frage nach dem Sinn von Reformen überhaupt: Sind "Kapitalismus" und "Privatisierung" wirklich geeignete Wege für Rumänien, oder "was sollte aus dem Kommunismus, was aus der Demokratie genutzt werden"?[139]

4. Die rumänische Revolution war seit ihrer ersten Stunde eine "Fernseh-Revolution" (telerevoluţia), d.h., alle relevanten Ereignisse, Debatten, Erklärungen, Konferenzen usw. wurden direkt übertragen. Daraus resultierten mehrere Entwicklungen:

   – Das Fernsehen galt als das glaubwürdigste Medium überhaupt, und als die FSN es später an die kurze Leine der Regierungspartei legte, war das ein Signal für wütenden und dauernden Protest durch die Opposition.

   – Das vom Staats-TV verlorene Terrain nahmen ausländische Sender ein, die im Lande ungestört zu empfangen sind. Der Vertrauensverlust des Staats-TV senkte auch nachhaltig die Glaubwürdigkeit des staatlichen Rundfunks.

   – Die Printmedien erreichten an Zahl und Auflagenhöhe fast die Rekordmarken der Zeit zwischen den Weltkriegen.

   – Die Faszination der Zeitungen hat angehalten, auch als viele von ihnen Parteiblätter wurden. Gerade die Presse ist das Hauptkampffeld gegen die neuen Machthaber, auf dem deren "fragile Legitimität" immer wieder deutlich wurde.

---

[138] Sorin M. Radulescu: Logica ambivalenţei şi "efectele perverse" ale ideologiei în epoca dictaturii (Logik der Ambivalenz und die "perversen Effekte" der Ideologie der Diktaturepoche), in: SR, Nr. 1-2/1990, S. 49-54.

[139] Arthur Helweg: Dezvoltarea postrevoluţionară in România. Rolul influenţei străine (Die postrevolutionäre Entwicklung in Rumänien. Die Rolle des ausländischen Einflusses), in: SR, Nr. 6/1992, S. 591-598.

– In der rumänischen Presse zeigte sich generell, daß "das Publikum viel intelligenter ist, als jene denken, die in seinem Namen sprechen".[140]

Grundsätzlich gilt für Rumänien wie für alle postkommunistischen Länder, daß gewisse Dinge wie etwa die "führende Rolle der Partei" sehr leicht abzuschaffen sind, daß aber Jahrzehnte kommunistischer Erziehung, Erfahrung, Sozialisation usw. mentale und aktionale Stereotype hervorgebracht haben, die jeden Systemwandel ungeheuer erschweren. Es ist ja nicht so, daß man nach überstandenem Kommunismus wieder bei irgendeiner besseren Vorzeit ansetzen kann, daß die vom Kommunismus lange aufgestauten Energien nun frei fließen können, sondern bei jedem Neuanfang muß von vornherein damit gerechnet werden, auf Jahrzehnte hinaus von den Residuen kommunistischer Ideologie behindert zu werden, wie sie über Propaganda, Schule, Kultur, Organisationen usw. in Millionen von Köpfen verankert wurden. In Rumänien wurde diese "Mentalität" im Dezember 1990 und im April 1991 empirisch untersucht, und heraus kamen u.a. folgende Befunde:

– Ökonomische Schwierigkeiten werden vorrangig dem "Treiben feindlicher Kräfte" angelastet, "die das Schlechte für die Rumänen beabsichtigen".

– Offiziellen Informationen wird in hohem Maße mißtraut.

– Politisches Engagement wird eher verbal vorgetäuscht als praktisch ausgeübt. Es besteht Zurückhaltung gegenüber jeglicher Art von politischer Aktivität: Rund 50 Prozent aller Rumänen wollen sich nicht in Politik "einmischen" und haben "kein Vertrauen in Politiker".

– Politische Grundbegriffe (Demokratie, Marktwirtschaft, "rechts – links") werden gar nicht oder falsch erklärt, kommunistische Nonsensparolen wie das "Recht auf Arbeit" haben einen hohen Rang, zumal "Arbeitsplatzgarantie" und "Verbesserung des Lebensstandards" für über 75 Prozent aller Rumänen höhere Werte als Demokratie darstellen.

– "Gleichheit" wird in einem unpolitischen, "gleichmacherischen" Sinne verstanden – etwa so, daß es zwischen Einkommen nur geringe, besser noch gar keine Unterschiede geben dürfte. Soziale Unterschiede, die auf differierende Qualifikation und Kompetenz zurückgehen, werden abgelehnt – ausgenommen die eigene Berufskategorie, die mehr als andere verdienen soll. Grundsätzlich spuken im Zusammenhang mit der Frage der "Gleichheit" noch viele kommunistische Floskeln über "Ausbeutung" usw. in den Köpfen herum.

– Die Ceauşescu-Propaganda von "sozialer Homogenisierung" wirkt insofern nach, als soziale Konflikte als "illegal" angesehen werden.

– Marktwirtschaft und radikale Wirtschaftsreformen werden mit großer Zurückhaltung aufgenommen. Knapp 68 Prozent votieren für die Beibehaltung der Staatsbetriebe, 60 Prozent für eine "gemischte sozioökonomische Organisation, die die Vorzüge beider Systeme verbindet".

---

[140] Ioan Dragan: Mass-Media in spaţiul public în tranziţia post-totalitară (Massenmedien im öffentlichen Raum in der posttotalitären Transition), in: SR, Nr. 6/1993, S. 559-577.

– Dem Staat wird eine paternalistische Beschützerrolle zugedacht, er soll unentgeltliche medizinische Versorgung garantieren (83%), alle Bürger ökonomisch und sozial schützen (70%), vor allem aber allen Arbeitsplätze garantieren (90%).[141]

Die alte Ideologie war noch nicht tot, da hatte sich bereits eine neue Ideologie gebildet, die sich vor allem im politischen Vokabular zeigte. Die Gegner der neuen Machthaber bezeichneten diese als "neokommunistisch", "kryptokommunistisch", "Nomenklatur-Leute" usw., die Regierung lastete ihren Gegnern "wilden Liberalismus" an, nannte sie "destabilisierende Kräfte", hinter denen "ausländische Agenturen" stünden usw. Beim Systemwechsel (sagte die Regierung seit Jahren) dürfe nicht zwischen Kommunismus oder Kapitalismus gewählt, sondern müsse ein "originärer Weg" genommen werden, der weder kommunistisch noch kapitalistisch sei. Was das bedeuten sollte, konnte nie klar werden, so daß man der Regierung zwar unausgesetzte Manipulation vorwerfen konnte, aber doch sehen mußte, daß ihre letztliche Ablehnung des Systemwechsels dem Mehrheitswillen der Rumänen entsprach – wobei die Regierung mit ihrer manipulatorischen Politik alles tat, daß sich dieser vor- oder antidemokratische Mehrheitswillen so bald nicht änderte.[142]

Rumänien war von der Hyperzentralisierung á la Ceauşescu zur partiellen Hyperliberalisierung übergegangen, die Revolution verwandelte über Nacht alte Apathie in neue Hyperaktivität, und das alles hatte viele schlichtweg überfordert. Hochgespannte Erwartungen wurden nicht nur nicht erfüllt, sondern die Realität war von Arbeitslosigkeit, Inflation, wachsender Kriminalität und allgemeinem Werteverfall charakterisiert. Das Prestige der Regierung erodierte rasch, extreme Kräfte regten sich in der Parteienlandschaft, die Gesellschaft war insgesamt politisch, wirtschaftlich und sozial "geschockt" – sie fiel in ihre alte Apathie zurück und wurde von der "Furcht vor dem Wandel" (teamă de schimbare) beherrscht. Dennoch würde der Wandel um so rascher kommen, je tiefer der Verfall infolge unterlassener oder verzögerter Reformen wäre: Wenn sich erst einmal alle "originären" Konzepte und "paternalistischen" Illusionen als falsch erwiesen haben, dann bleiben als letzte "Werteachse" nur die Ansätze und Auswirkungen rein kapitalistischer Wirtschaft – wer auf Profit aus ist, wird diesen um so mehr und beständiger erringen, wenn er Verantwortung, Disziplin, Motivation, Firmenprestige usw. so fördert, daß der Nutzen davon augenfällig ist. Die Rumänen (sagte jemand bei einer Umfrage) sind an den Systemwechsel herangegangen wie jemand, der bei der Hochzeit schon an die Scheidung denkt – wenn sie erst einmal ihre Fähigkeiten zu erfolgreichem Unternehmertum erkennen und diese ohne Angst vor einem Scheitern einsetzen, wird auch ihr ganzes Land auf feste Beine kommen.[143]

Alle diese Befunde, soziologisch-wissenschaftlich in den letzten Jahren erhoben, wurden durch das Wahlergebnis vom November 1996 teils widerlegt, teils bestätigt: Die Rumänen

---

[141] Ioan Mihailescu: Stereotipuri in România posttotalitară (Stereotype im posttotalitären Rumänien), in: SR, Nr. 1/1992, S. 37-45.

[142] O(scar) Hoffman: Tranziţia în România şi acţiunea socială (Transition in Rumänien und soziale Aktion), in: SR, Nr. 4/1994, S. 351-359.

[143] Maria Cobinanu-Bacanu: O perspectiva socio-culturală asupra tranziţiei în România (Eine soziokulturelle Perspektive zur Transition in Rumänien), in: SR, Nr. 2/1993, S. 141-148.

erwiesen sich als politisch "wacher", als es eine Zeitlang den Anschein haben konnte. Die neue Führung des Landes hat die doppelte Aufgabe, Rumäniens "standing" im Ausland zu verbessern (um von dort notwendige Hilfe zu bekommen) und im Inneren eine gründliche und dauernde Aufarbeitung der Vergangenheit vorzunehmen. Beide Aufgaben hängen aufs engste zusammen, denn nach Ansicht von Alexandru Herlea, rumänischer "Minister für europäische Integration" (ministerul Integrării Europene), "wurde Rumänien auch wegen des schlechten Images bestraft, das sich im Westen durch Ceauşescu und Iliescu gebildet hatte".[144]

5. Zusammenfassung

Die vorliegende Studie ist Teil I einer zweiteiligen Darstellung der rumänischen Bemühungen, die eigene kommunistische Vergangenheit aufzuarbeiten. Diese Bemühungen gestalteten sich außerordentlich schwierig: Zwar erlebte Rumänien am Jahresende 1989 die aufwühlendste Revolution, die nichts vom "samtenen" Charakter vergleichbarer Umstürze im übrigen Osteuropa aufwies, doch wurden danach binnen sieben postkommunistischer Jahre alle hoffnungsvollen Anfänge vertan, verwässert, behindert, verfälscht.

Seit November 1996 hat Rumänien eine neue politische Führung, der eine wirkliche Aufarbeitung zuzutrauen ist. Auf diese neuen Ansätze wird im zweiten Teil der Darstellung detailliert eingegangen, während der erste Teil die Jahre unter Ion Iliescus Führung schildert, in denen eine halbherzige "Aufarbeitung" des Ceauşescu-Erbes im Grunde nur verdeckte, daß man zu einer wirklichen Auseinandersetzung mit Geist und Form des Kommunismus in Rumänien weder fähig noch willens war.

Rumäniens "Kinderrevolution" vom späten Dezember 1989 stürzte und exekutierte den schlimmsten Diktator Osteuropas und brachte eine neue Führung an die Macht, die sich durch die nahezu uneingeschränkte Tilgung von Ceauşescus Terrorgesetzen gut einführte. Schon bald war aber unübersehbar, daß die neuen Herren unter Präsident Iliescu nicht weitergehen wollten und zu Demagogie und auch zu Gewalt griffen, wenn einzelne Gruppen oder Medien sie zu mehr Anstrengungen und zu radikaleren Maßnahmen drängten.

Rumänien geriet mehr und mehr in den Zustand einer "simulierten Demokratie", die zwar Presse- und Organisationsfreiheit erlaubte, ihrem Wesen nach aber von der nahezu ungebrochenen personellen und institutionellen Kontinuität mit den vorrevolutionären Verhältnissen lebte. Natürlich gab es Prozesse gegen Repräsentanten der alten Macht, aber das waren keine politischen Klarstellungen, sondern Strafaktionen von Siegern mit zweifelhafter Legitimität, deren einziges Ziel es war, sich einen Großteil der nun "herrenlosen" Pfründe und Kompetenzen zu sichern.

Ihnen gegenüber standen neue Organisationen, vorwiegend von Opfern des früheren Terrors gebildet, denen es sehr ernsthaft um einen "Prozeß gegen den Kommunismus" als Auftakt einer politischen Aufarbeitung und Startsignal für Demokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft zu tun war. Politische Unreife, organisatorische Uneinigkeit und

---

[144] Vgl. Das Interview mit Herlea, in: RL 15.9.1997.

konzeptionelle Unentschlossenheit ließen dieses Projekt indessen nie über proklamatorische Anfänge hinauskommen.

Immerhin resultierten aus diesen unfertigen Anfängen einige publizistische und/oder institutionelle Neugründungen, die die Aufgabe der Aufarbeitung vor allem als aufklärerischen Auftrag verstanden und in diesem Sinne tätig wurden: Wer eine kommunistische Vergangenheit aufarbeiten will, muß diese zunächst in ihren dunkelsten Bereichen dokumentarisch ausleuchten, um dadurch die mentalen Hindernisse in vielen Köpfen zu beseitigen, die nach vierzig und mehr Jahren kommunistischer Demagogie diese beabsichtigte Aufarbeitung erschwerten. Diese Bemühungen haben viel dokumentarisches Material erbracht, das der aufkommenden Ceauşescu-"Nostalgie" die erschütternde Realität von dessen Herrschaft gegenüberstellte. In der vorliegenden Darstellung werden sie in gebührender Weise gewürdigt.

Diese Dokumentationen sind um so höher einzuschätzen, als sie unter den Auspizien einer allseitigen Behinderung zustande kamen: Regierungsämter waren wenig kooperativ, Dossiers und Akten wurden vernichtet, manipuliert, gefälscht, eine reaktivierte Geheimpolizei schaltete wie in alten Zeiten, ehedem treue Diener Ceauşescus starteten als Führer extrem nationalistischer Parteien neue Karrieren, die sie speziell der Reinwaschung ihres alten Idols widmeten.

Unter diesen Umständen schien die rumänische Gesellschaft nahezu geschlossen in alte Denk- und Verhaltensweisen zurückzufallen - Apathie, Opportunismus, Xenophobie, soziale Ängste und die Relikte alter Propaganda schufen offenkundig ein politisches Klima, das den einst intendierten Zielen von "Freiheit, Demokratie und Würde" diametral entgegengesetzt anmutete.

Aber die Rumänen haben im Spätherbst 1996 gezeigt, daß mit ihnen zu rechnen ist: Sie wählten mit Emil Constantinescu einen neuen Präsidenten, dessen ganze Politik darauf angelegt ist, die von seinem Vorgänger vertane Zeit aufzuholen und dabei mit einer wirklichen Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit zu beginnen.

6. Anhang

Wolf Oschlies

Coming to Grips with the Communist Past in Romania

Part I: 1989-1995/96

Bericht des BIOst Nr. 3/1998

Summary

Introductory Remarks

The present study is Part I of a two-part examination of Romania's efforts to come to terms with its own communist past. These efforts have proved extremely arduous: though at the end of 1989 Romania experienced the most tumultuous of revolutions, which shared none of the "velvet" nature of contemporary upheavals elsewhere in Eastern Europe, within seven post-communist years all the hopeful beginnings had been diluted, diverted, squandered, perverted.

Since November 1996 Romania has had a new political leadership which shows signs of really intending to delve into the country's post-war history. These recent developments will be discussed in detail in the second part of the study, while this first part deals with the years under Ion Iliescu's leadership, during which a half-hearted "re-assessment" of Ceauşescu's legacy served only to cover up for the fact that the new wielders of power were neither able nor willing really to grasp the nettle of exposing and facing up to the spirit and form of communism in Romania.

Both parts are based on generally accessible sources, mainly of Romanian origin.

Findings

1. Romania's "children's revolution" of late December 1989 overthrew and executed the strictest dictator in Eastern Europe and gave power to a new leadership that initially got off to a good start by almost completely eliminating Ceauşescu's terror legislation. However, it soon became apparent that the new masters under Iliescu were not prepared to go any further and in fact themselves resorted to demagogy and violence whenever specific groups or media urged them to make greater efforts and to implement more radical measures.
2. Romania drifted more and more into the status of a "simulated democracy", which allowed the freedom of the press and freedom of organisation but essentially relied for its existence on an almost unbroken personnel and institutional continuity with the pre-revolutionary status quo. Of course some representatives of the old regime were put on trial, though not with the aim of casting light on the political situation and responsibilities; instead, the trials were more in the nature of punitive actions by victors of dubious legitimation, whose only

purpose was to grab for themselves as many of the now vacant sinecures and positions of power as possible.

3. These were opposed by new organisations, formed mainly by victims of the former reign of terror, who were very seriously interested in seeing "communism on trial" as the prelude to a comprehensive political re-appraisal and as the kick-off signal for democracy, pluralism and market economy. However, political immaturity, organisational disunity and conceptual indecisiveness prevented this project from progressing beyond proclamatory beginnings.
4. Nevertheless, these rudimentary stirrings led to the foundation of a number of media and/or civic institutions which saw the re-examination of the past above all as an educational task, a mission to which they dedicated their activities: anybody wishing to spark off a public debate about the communist past first has to cast light into the darkest depths of that past and to document what that light reveals, as the initial step towards overcoming the mental obstacles that are present in many heads, impeding the intended reversal of the results of forty years and more of communist demagogy. And indeed these efforts have brought to light much documentary material which refutes the recent surge in Ceauşescu "nostalgia" by confronting it with the horrific realities of the dictator's rule. The present report gives these endeavours the appreciative treatment they deserve.
5. These documentations are all the more valuable and admirable in that they were compiled against a background of impediments from all sides; government offices were not very co-operative; archives and files were destroyed, manipulated, forged; a re-activated secret police operated just like in the good old days; former loyal servants of Ceauşescu launched new careers as the leaders of extreme nationalist parties aiming specifically to cleanse and re-polish the image of their one-time idol.
6. Under these circumstances, Romanian society appeared to revert almost universally into once-familiar patterns of thinking and behaviour - apathy, opportunism, xenophobia, social anxieties and the relics of by-gone propaganda created a manifest political climate that seemed to be diametrically opposed to the once-proclaimed goals of "liberty, democracy and dignity".
7. But in the late autumn of 1996 the Romanians showed that they can be counted on after all: in Emil Constantinescu they elected a new President whose policies are wholly directed towards making up the time wasted by his predecessors and embarking on a true and honest re-examination of his country's communist past.